

# **Bochums schöne Schulhöfe - ein gesamtstädtisches Konzept für ein Programm zur Neugestaltung von Schulhöfen**

Stadt Bochum

Version: 3.0 vom 02.02.2024

# Dokumentinformationen

Status des Dokuments			
Projekt	Bochums schöne Schulhöfe		
Titel	Bochums schöne Schulhöfe - ein gesamtstädtisches Konzept für ein Programm zur Neugestaltung von Schulhöfen		
Verfasser	Felizitas Bonn und Hanno Weigel (Syncwork), Maurício Marcondes (ModusCo)	letzte Bearbeitung	02.02.2024
		Erstveröffentlichung	-
Bearbeitungs- zustand	in Bearbeitung vorgelegt ✓ fertig gestellt		

Änderungen			
Version	Datum	Änderung/Grund	Redakteur*in
1.0	20.06.2023 08.12.2028	- Erster Entwurf des Konzepts	F. Bonn/H. Weigel/M. Marcondes
2.0	11.12.2023 23.01.2024	- Anpassung der Darstellungsform der Anforderungen/ Überarbeitung anhand Ergänzungsvorschläge der Partnerämter	F. Bonn/H. Weigel/M. Marcondes
3.0	24.01.2024 02.02.2024	- Überarbeitung nach Vor-Ort-Abschlussworkshop mit der Programmsteuerung „Bochums schöne Schulhöfe“ am 24.01.2024/finale Formatierung	F. Bonn/H. Weigel/M. Marcondes

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Hintergrund des Konzepts .....</b>	<b>6</b>
1.1	Bedeutung der Schulhöfe .....	6
1.2	Auftragsgenese und Zielsetzung .....	7
1.3	Vorgehensweise und Konzeptstruktur .....	8
<b>2.</b>	<b>Anforderungen an die Neugestaltung .....</b>	<b>10</b>
2.1	Anforderungen aus den kommunalen Handlungsrahmen.....	10
2.2	Kernanforderungen der Stadtverwaltung .....	11
2.3	Kernanforderungen der Bochumer Schulen.....	12
2.4	Ganzheitliche Betrachtung: Anforderungskatalog .....	13
<b>3.</b>	<b>Organisationsstruktur in der Neugestaltung .....</b>	<b>25</b>
3.1	Rollen in der Neugestaltung .....	26
3.2	Prozess in der Neugestaltung .....	30
<b>4.</b>	<b>Handlungsempfehlungen für die Neugestaltung.....</b>	<b>37</b>
4.1	Systematische Bestandsaufnahme.....	38
4.2	Bewertung und Priorisierung .....	39
4.3	Langfristige Haushaltsplanung .....	40
4.4	Etablierte Prozesse und Rollen .....	43
4.5	Beteiligung und Koordination.....	43
4.6	Leitlinien als Zielvorstellung .....	46
4.7	Modellprojekte als Lernfeld .....	47

<b>5.</b>	<b>Fazit und Ausblick.....</b>	<b>48</b>
5.1	Rückbezug zu den Zielen des Konzepts .....	48
5.2	Ausblick: integriertes Handlungskonzept.....	49
 <b>Anhangsverzeichnis.....</b>		<b>50</b>
 <b>Anlagen.....</b>		<b>58</b>

# Darstellungsverzeichnis

Abbildung 1: Konzeptentwicklung .....	9
Abbildung 2: Handlungsfelder in der Neugestaltung .....	14
Abbildung 3: Prozessphase Vorbereitung .....	32
Abbildung 4: Prozessphase Entwurfs- und Vorplanung .....	34
Abbildung 5: Prozessphasen Genehmigungs- und Ausführungsplanung sowie Bauausführung .....	35
Abbildung 6: Unterscheidung der zentralen Arbeitsschritte auf Programm- und Prozessebene .....	37
Tabelle 1: Handlungsfeld Spielleitplanung & Pädagogik .....	15
Tabelle 2: Handlungsfeld Erreichbarkeit & Barrierefreiheit .....	17
Tabelle 3: Handlungsfeld Brandschutz & Sicherheit .....	19
Tabelle 4: Handlungsfeld Klimaresilienz .....	21
Tabelle 5: Handlungsfeld Wirtschaftlichkeit .....	22
Tabelle 6: Handlungsfeld Einbindung im Stadtteil .....	23
Tabelle 7: Zentrale Arbeitsschritte als Orientierung für Handlungsempfehlungen .....	38

# 1. Hintergrund des Konzepts

## 1.1 Bedeutung der Schulhöfe

In einer Gesellschaft, die von ständiger Veränderung und wachsender Komplexität geprägt ist, sind Schulhöfe weit mehr als ein Ort für die Pausen. Sie dienen als lebendige Schnittstellen, an denen Begegnung stattfindet, soziale Dynamiken entstehen und Lernprozesse kontinuierlich unterstützt werden. Pädagogisch betrachtet stellt der Schulhof eine Lernraumerweiterung dar, welche die Kombination von Bewegung und sozialer Interaktion, wie auch Möglichkeiten der Entspannung und Erholung sichert. Ein zeitgemäßer Schulhof dient demnach auch als Raum für das Lernen außerhalb des Klassenzimmers, indem er die Entwicklung von Umweltbewusstsein und Gemeinschaftssinn fördert und eine von Vielfalt geprägte Atmosphäre schafft, die die ganzheitliche Entfaltung junger Menschen unterstützt. Durch die rasche Etablierung der offenen Ganztagschulen (OGS)<sup>1</sup> werden gerade informelle Lernangebote wichtiger und Übergänge zwischen Lern- und Aufenthaltsräumen immer fließender. Schulhöfe sind in diesem Kontext Lern- und Lebensorte, in denen schulische Angebote aktiv und interaktiv gestaltet werden und die Partizipation seitens der Schülerinnen und Schüler am ehesten ausgelebt wird. Städtischen Schulen kommt darüber hinaus eine weitere Rolle zu: Sie sind nicht nur Gegenstand, sondern auch Treiber<sup>2</sup> der Stadtteilentwicklung, indem sie zunehmend als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, Familien und Vereine fungieren. Schulhöfe sind in diesem Kontext oftmals ein wichtiger Ort der Begegnung, welcher das Ineinanderfließen zwischen Schule und Stadtteil ermöglicht.

Auch zur Förderung der Nachhaltigkeit leisten Schulhöfe einen zentralen Beitrag. Sie bieten vielfältige Möglichkeiten für die Integration von grünen Elementen, die das Erscheinungsbild der Stadt verbessern und zugleich ihre Klimaresilienz fördern, beispielsweise durch das Pflanzen von artenreichen Gehölzen und Stauden, die Schatten spenden und die Artenvielfalt unterstützen, die Einrichtung von Schulgärten, welche die Umweltbildung oftmals über die Schulgemeinschaft hinaus ergänzen sowie die Entsiegelung von Flächen, welche die natürliche Versickerung von Regenwasser ermöglicht, die städtische Kanalisation entlastet und die Gefahr von Überflutung reduziert. Durch diese Eigenmerkmale tragen Schulhöfe zu nachhaltigeren und widerstandsfähigeren Schulgemeinschaften bei und regen zu klimabewusstem Denken und Handeln an.

Die facettenreichen Erwartungen an die modernen Schulhöfe und deren Weiterentwicklung gehen Hand in Hand mit der bunten Vielfalt an beteiligten Gruppen, die entsprechende Umsetzungsprojekte beeinflussen. Mit dem vorliegenden Konzept werden diese Erwartungen und Akteure benannt und damit auch die Grundlage für ein Programm zur zeitgemäßen Neugestaltung der Bochumer Schulhöfe geschaffen.

---

<sup>1</sup> In Nordrhein-Westfalen sind bereits mehr als 90 Prozent der Grundschulen offene Ganztagschulen. Vgl. <https://www.schulministerium.nrw/ganztags-und-betreuungsangebote>.

<sup>2</sup> Zur besseren Lesbarkeit werden im vorliegenden Dokument Rollenbezeichnungen im generischen Maskulinum verwendet. Dies dient lediglich der sprachlichen Vereinfachung und impliziert keine Geschlechtszuweisung oder -ausschluss.

## 1.2 Auftragsgenese und Zielsetzung

Die Grundlage dieses Konzepts bildet der Beschluss des Änderungsantrags in einer Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung, indem die Bochumer Stadtverwaltung aufgefordert wird, „[...] ein Konzept zur künftigen Nutzung und Aufwertung von Schulhöfen als Spielfläche im Sinne der Bochumer Spielleitplanung [...]“ vorzulegen.<sup>3</sup> Dieser Beschluss ergänzt die im Ursprungsantrag<sup>4</sup> geplante breite Entsiegelung und Begrünung der Pausenhöfe Bochumer Schulen um einige Aspekte, wie vornehmlich die Beteiligung der Schulgemeinschaft bei einer Neugestaltung. Die Berücksichtigung der Qualitätsziele der Spielleitplanung wird damit begründet, dass Schulhöfe zu den informellen Spielorten gehören und die Verwaltung aufgefordert ist, Nutzungsoptionen von Schulhöfen zu prüfen und in enger Abstimmung mit allen Beteiligten objekt-individuelle, schulscharfe Lösungen zu entwickeln.

Aktuell befinden sich 80 Schulen in städtischer Trägerschaft, und zwar aus verschiedenen Schulformen: von Grundschulen, über Förderschulen und weiterführenden Schulen, bis hin zu Berufskollegs. Da einzelne Schulen an mehreren Standorten angesiedelt sind, ist die Stadtverwaltung aktuell für insgesamt 92 Schulhofanlagen zuständig. In Anbetracht des politischen Beschlusses zielt das vorliegende Konzept darauf ab, die Grundlage für eine einheitliche Programmstruktur für die Planung, Kommunikation, Umsetzung und Qualitätssicherung von Projekten zur Neugestaltung von Schulhöfen in Bochum zu schaffen<sup>5</sup>. Zwar soll durch die Beteiligung der Schulen an Gestaltungsmaßnahmen sichergestellt werden, dass ihre pädagogischen Konzepte in entsprechende Projekte einfließen und dass Projekterziele primär auf die Bedürfnisse der Schulgemeinschaft zugeschnitten sind. Damit schulscharfe Lösungsansätze aber entstehen und Beteiligungsprozesse reibungslos gelingen können, bedarf es von Seiten der Stadtverwaltung klar definierter Richtlinien zu allgemeinen Anforderungen, beteiligten Akteuren, Rollenverteilung und Kernprozessen. Die diesbezügliche Transparenzherstellung ist das Ziel des gesamtstädtischen Konzepts „Bochums schöne Schulhöfe“, welches Schulen, Stadtämtern, Politik und Stadtgesellschaft als Wegweiser für die gemeinsame Schulhofentwicklung in Bochum dienen soll.

---

<sup>3</sup> Vgl. Vorlage Nr. 20220790:

<https://bochum.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/UGhVMohpd2NXNFdFcExjZZUBab1Lzh8E5My6HWgJ5VPv23a8dZuyPd1Ua2ct8HrT/Antrag-20220660.pdf>  
[https://bochum.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/UGhVMohpd2NXNFdFcExjZSkYiGJ-SzPifZhX83PNEv6CnNJXlvy-eSbxzS19Zt0a/Oeffentliche\\_Niederschrift\\_Ausschuss\\_fuer\\_Schule\\_und\\_Bildung\\_22.03.2022.pdf#search=20220790](https://bochum.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/UGhVMohpd2NXNFdFcExjZSkYiGJ-SzPifZhX83PNEv6CnNJXlvy-eSbxzS19Zt0a/Oeffentliche_Niederschrift_Ausschuss_fuer_Schule_und_Bildung_22.03.2022.pdf#search=20220790)  
(zuletzt aufgerufen am: 30.11.2023).

<sup>4</sup> Vgl. Vorlage Nr. 20220660:

<https://bochum.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/UGhVMohpd2NXNFdFcExjZZUBab1Lzh8E5My6HWgJ5VPv23a8dZuyPd1Ua2ct8HrT/Antrag-20220660.pdf> (zuletzt aufgerufen am: 30.11.2023).

<sup>5</sup> Die genaue Unterscheidung von Programmen und Projekten ist in diesem Konzept von besonderer Relevanz: Programme fungieren auf einer übergeordneten Ebene, auf der Steuerung und Koordination mehrerer zusammenhängender Projekte stattfinden, während Projekte spezifische, zeitlich begrenzte Aktivitäten darstellen.

### 1.3 Vorgehensweise und Konzeptstruktur

Mit der Entwicklung des vorliegenden Konzepts wurden im Oktober 2022 die Firmen Syncwork AG und ModusCo eG beauftragt. Angelehnt an die Vorgaben der Politik und der Stadtverwaltung, ein Konzept im Sinne der Spielleitplanung zu erarbeiten, wurde ein beteiligungsorientiertes Vorgehen gewählt. Verschiedene Austauschformate wurden entwickelt, um gemeinsam mit Schulgemeinschaften und Fachexpertinnen und -experten der Bochumer Stadtverwaltung Lücken im bestehenden Schulhofentwicklungssystem zu identifizieren und Verbesserungspotenziale für dessen Weiterentwicklung aufzuzeigen. Das Herzstück dieser Austauschformate bilden die sogenannten Konzeptdialoge und die vielfältig daraus gewonnenen Erkenntnisse, die in verschiedenen Passagen dieses Dokuments Erwähnung finden. Nach einer Online-Auftaktveranstaltung mit Fachexpertinnen und -experten aus der Stadtverwaltung, einer umfassenden Online-Umfrage mit den Bochumer Schulen zum Thema Schulhofentwicklung sowie einzelnen Begehungen von Schulen mit laufenden Gestaltungsprojekten, wurden in den Jahren 2022 und 2023 insgesamt 17 Konzeptdialoge durchgeführt: mit einzelnen betroffenen Schulen, mit der Bezirksschüler\*innenvertretung, wie auch mit Vertreterinnen und Vertretern aus zwölf Stadtämtern, die direkt oder indirekt an der Neugestaltung der Bochumer Schulhöfe beteiligt sind.

Ein primäres Ziel dieses Abstimmungsformates war die Anforderungserhebung verschiedener Anspruchsgruppen mit Blick auf eine zeitgemäße, bedarfsgerechte Gestaltung der Bochumer Schulhöfe. Im Zuge der Konzeptdialoge wurden diese Ansprechpartnerinnen und -partner ebenfalls dazu ermutigt, ihre (positiven und negativen) Erfahrungen mit entsprechenden Projekten wie auch ihre Wünsche und Visionen in Hinblick auf ein gesamtstädtisches Konzept für die Schulhofentwicklung zu schildern. Die Erkenntnisse aus diesem Dialogprozess wurden anschließend in zwei Vor-Ort-Workshops behandelt, in denen acht Stadtämter gemeinsam über Anforderungen, Rollen und Prozesse in der Neugestaltung von Schulhöfen reflektiert und in diesem Zuge die Weichen für das Programm „Bochums Schöne Schulhöfe“ gestellt haben<sup>6</sup>. In darauffolgenden Abstimmungen mit städtischen Akteuren wurden Grundzüge eines Programms für die Neugestaltung der Bochumer Schulhöfe weiterentwickelt, welche im Folgenden näher beleuchtet werden.

---

<sup>6</sup> Diese Workshops fanden am 15. März und am 8. Juli 2023 im Medienstudio der Stadt Bochum statt. Daran teilgenommen haben das Amt für Personalmanagement, Informationstechnologie und Organisation, das Schulverwaltungsamt, das Jugendamt, das Amt für Stadtplanung und Wohnen, das Tiefbauamt, das Umwelt- und Grünflächenamt, der Technische Betrieb und die Zentralen Dienste.



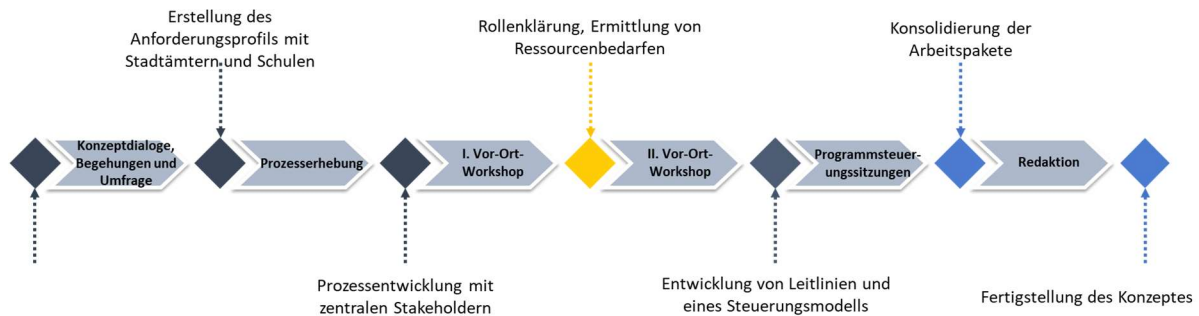


Abbildung 1: Konzeptentwicklung

In [Kapitel 2](#) werden zunächst die vielfältigen Anforderungen an die Neugestaltung der Bochumer Schulhöfe dargestellt. Diese stammen aus programmrelevanten kommunalen Handlungsrahmen (vornehmlich der Bochum Strategie 2030 und der Spielleitplanung), aus den in Planungsprozessen beteiligten Stadtämtern sowie aus den Bochumer Schulgemeinschaften selbst. Der hier vorgestellte Anforderungskatalog soll Beteiligte für Chancen, aber auch für unvermeidbare Spannungsverhältnisse sensibilisieren, die eine partizipative Schulhofentwicklung prägen.

In diesem Kontext können innovative Lösungen nicht auf der Programmebene vorgegeben werden, vielmehr ergeben sie sich im Projektkontext durch zielgerichtete Dialoge zwischen Stadtverwaltung und Schulen. In [Kapitel 3](#) wird die Organisationsstruktur in der Neugestaltung von Schulhöfen behandelt. In diesem Kontext verstehen sich klar definierte Rollen und Prozesse als Kernvoraussetzungen dafür, dass die verschiedenartigen Beteiligungsprozesse in der Schulhofentwicklung zielgerichtet, bedarfsgerecht und für alle Beteiligte möglichst transparent gestaltet werden. In diesem Kapitel werden die mit kommunalen Fachexpertinnen und -experten eng abgestimmten Rollen- und Prozessmodelle eingeführt, die der Stadtverwaltung nun die Basis für eine effiziente Programm- und Projektmanagementstruktur ermöglichen sollen.

[Kapitel 4](#) hat einen Empfehlungscharakter und weist auf bestehende Handlungsbedarfe hin, die nach der Veröffentlichung dieses Konzepts bestehen bleiben und in der Fortentwicklung eines gesamtstädtischen Programms zur Neugestaltung der Bochumer Schulhöfe zu berücksichtigen sind. Anlehnend an das Vorgehen der Spielleitplanung wird unter anderem die zeitnahe Durchführung einer systematischen Bestandsaufnahme der Schulhöfe empfohlen, die der Stadtverwaltung die strategische Steuerung von Entwicklungsprojekten ermöglichen soll. Hierzu gehören eine langfristige Haushaltsplanung sowie ein gemeinsames Verständnis zwischen Schulen und Stadtverwaltung über Chancen und Herausforderungen, welche die partizipative Schulhofgestaltung mit sich bringen.

Das Konzept schließt mit [Kapitel 5](#), in dem ein Rückbezug zu den Zielen dieses Konzepts erfolgt und eine Empfehlung für dessen künftige Fortschreibung ausgesprochen wird.

## 2. Anforderungen an die Neugestaltung

### 2.1 Anforderungen aus den kommunalen Handlungsrahmen

Die ersten Weichen für die zeitgemäße Entwicklung der Bochumer Schulhöfe wurden bereits durch wichtige handlungsleitende Strategiedokumente der Stadt Bochum gestellt: vornehmlich durch die Bochum Strategie 2030 und die Spielleitplanung. Die Bochum Strategie versteht sich als Visionsdokument, wie auch als gesamtstädtischer Ziel- und Handlungsrahmen für die Konzeptionierung, Umsetzung und Evaluation von Schlüsselprojekten der Stadt Bochum. Dieses zentrale Strategiedokument blickt auf ein Bochum im Jahr 2030, mit der Vision einer Stadt, die noch lebens- und liebenswerter ist, in der ein Wir-Gefühl die tragende Basis der Stadtgesellschaft bildet: Eine Stadt, die zudem über hervorragende Lern- und Lehrstätten, innovative Unternehmen, herausragende Freizeit- und Kulturangebote sowie ein grünes Stadtbild verfügt.<sup>7</sup> Zur Erreichung dieses Ziels werden in der Bochum Strategie Kernaktivitäten präsentiert. Dazu zählt das Schaffen, Entwickeln und Sichern von Räumen für Spiel, Bewegung und Aufenthalt.<sup>8</sup>

Die Spielleitplanung (2022 – 2028) ordnet sich als Methode der Stadtplanung eben dieser Kernaktivität zu. Ansprüche und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen hinsichtlich der Verfügbarkeit von Spiel- und Aufenthaltsflächen werden durch den darin enthaltenen Handlungsleitfaden verbindlich innerhalb der kommunalen Planungshierarchie festgeschrieben. Durch das Festlegen von Qualitätszielen ist die Spielleitplanung ein wichtiges Planungsinstrument für die Fortentwicklung der Bochumer Spielplätze, was der (noch komplexeren) Weiterentwicklung der Bochumer Schulhöfe als Grundlage dient. Grundprämissen der Spielleitplanung gelten daher auch für das Konzept und Programm „Bochums schöne Schulhöfe“: So gilt es auch für die Neugestaltung der Schulhöfe eine möglichst barrierefreie Erreichbarkeit zu gewährleisten und die Beteiligung der Zielgruppen (unabhängig von Merkmalen wie Geschlecht, Alter, sozialer Gruppenzugehörigkeit, Nationalität und Behinderungen) an entsprechenden Planungsprozessen sicherzustellen. Aufgrund der gegebenen Komplexität im Rahmen der Neugestaltung von Bochumer Schulhöfen können jedoch nicht alle Anforderungen der Spielleitplanung ohne Weiteres auf den schulischen Kontext übertragen werden. Die nachfolgend dargestellten Anforderungen aus der Stadtverwaltung wie auch aus den Bochumer Schulen zeigen, dass die zeitgemäße Schulhofentwicklung spezifische Chancen und Herausforderungen mit sich bringt. Diese werden in den folgenden Unterkapiteln näher beleuchtet.

---

<sup>7</sup> Vgl. Bochum Strategie: <https://www.bochum.de/Die-Bochum-Strategie/Was-ist-die-Bochum-Strategie> (zuletzt aufgerufen am: 30.11.2023).

<sup>8</sup> Ebd., S. 26: [https://www.bochum.de/media/Bochum\\_Strategie\\_Broschuere.pdf](https://www.bochum.de/media/Bochum_Strategie_Broschuere.pdf) (zuletzt aufgerufen am: 30.11.2023).

## 2.2 Kernanforderungen der Stadtverwaltung

Durch die erwähnten Strategiedokumente hat die Stadtverwaltung einen soliden Visionsrahmen etabliert, von dem Planungsprozesse in der Weiterentwicklung der Bochumer Schulhöfe in hohem Maße profitieren. Die in der Schulhofgestaltung involvierten Stadtämter haben dennoch im Zuge der Konzeptdialoge übereinstimmend geschildert, dass die Basis für ein spezifisch auf die Bedarfe der Schulhofentwicklung zugeschnittenes Programm in Bochum noch fehlt. Die Entwicklung eines entsprechenden Anforderungskatalogs hat sich demnach als primäres Ziel der Konzeptdialoge herauskristallisiert, denn eine partizipative Schulhofentwicklung erfordert Transparenz über die Erwartungen aller Beteiligten.

So wie die Bochumer Schulen sind auch die Stadtämter daran interessiert, dass Gestaltungsprojekte möglichst schulscharf, also entsprechend den spezifischen Bedürfnissen der Schulgemeinschaften sowie der Beschaffenheit der jeweiligen Schulhöfe umgesetzt werden. Eine genaue Abwägung und finale Priorisierung von Anforderungen kann und soll deshalb nur im spezifischen Projektkontext vorgenommen werden und setzt einen konstanten Dialog zwischen Schulen und Stadtverwaltung voraus. Gleichwohl gibt es einzelne Anforderungstypen, die in der Stadtverwaltung eine höhere Priorisierung genießen und deshalb bereits auf der Programmebene festzuhalten sind. Diese sind in erster Linie:

- gesetzlich festgeschriebene brandschutz- und bauordnungsrechtliche Anforderungen
- weitere sicherheitsbezogene Anforderungen, besonders mit Blick auf die Unfallvermeidung in Schulhofanlagen
- die Bereitstellung der Schulhofanlagen nach der Unterrichtszeit für die Nutzung durch die Öffentlichkeit<sup>9</sup>

Die in [Kapitel 2.4](#) konsolidierte Anforderungslandschaft basiert größtenteils auf fachspezifischen Anforderungen der beteiligten Stadtämter, die in sechs verschiedene Handlungsfelder unterteilt werden: (1) Spielleitplanung & Pädagogik, (2) Erreichbarkeit & Barrierefreiheit, (3) Brandschutz & Sicherheit, (4) Klimaresilienz, (5) Wirtschaftlichkeit und (6) Einbindung im Stadtteil. Eine signifikante Herausforderung für die Umsetzung dieser vielfältigen Anforderungen ergibt sich aus der aktuell in Bochum noch vorherrschenden Ressourcenknappheit für die geplante Neugestaltung der Schulhöfe. Sowohl das Budget als auch die personellen Ressourcen zur Entwicklung eines Programms gemäß den neuesten Anforderungen werden von sämtlichen involvierten Ämtern als noch unzureichend bewertet. Diese Defizite hemmen die angestrebte Umsetzung und erfordern eine effiziente und zukunftsfähige Ressourcen- und Kompetenzbündelung ([Kapitel 3](#)) sowie eine langfristige Haushaltsplanung ([Kapitel 4](#)). Dadurch sollen Stadtverwaltung und Schulen perspektivisch mehr Handlungsspielraum gewinnen und Anforderungen wie auch Schulhofprojekte nicht mehr ausschließlich auf der Basis vorhandener Finanzmittel priorisiert werden ([Kapitel 4.2](#)).

---

<sup>9</sup> Hierfür ist die Anpassung der Bochumer Sicherheitsverordnung (BOSVO) noch erforderlich. Abweichungen von dieser Anforderung müssen mit dem Schulträger durch eine Einzelfallprüfung begründet werden.

## 2.3 Kernanforderungen der Bochumer Schulen

An die oben erwähnten Kernanforderungen der kommunalen Ämter schließen sich die Anforderungen aus den Bochumer Schulen an.<sup>10</sup> Auch die schulischen Akteure unterstreichen die von den Stadtämtern bereits vertretene Auffassung, dass Gestaltungsprojekte auf der Basis einer individuellen Betrachtung der spezifischen Gegebenheiten der Schulhofanlagen durchzuführen sind, und zwar in Anlehnung an die pädagogischen Schwerpunkte der betroffenen Schulen. Aus dem Austausch mit den Bochumer Schulen kamen in der Konzeptentwicklung vor allem Anforderungen an die Prozesse und Rollen in der Schulhofgestaltung zum Tragen. Diesen liegt die gemeinsame Beobachtung hinsichtlich der Mängel in der Projektmanagementstruktur der Stadtverwaltung zu Grunde. Schulen weisen demnach im Projektkontext auf häufig wechselnde Ansprechpersonen, eine unklare Zeitplanung sowie unscharfe Rollen und Prozesse hin, die eine effektive Beteiligung der Schulgemeinschaft erheblich beeinträchtigen würden.

Eine entscheidende Erkenntnis in diesem Kontext ist außerdem, dass die Einbettung von Schulhofmaßnahmen in ein stadtteilweites Konzept seitens der Schulen als besonders wichtig erachtet wird: Denn Schulen sind nicht nur passive Empfänger von Veränderungen, sondern aktive Treiber der Stadtteilentwicklung. Eine solche Perspektive, die die Schulen als integralen Bestandteil des städtischen Gefüges begreift, wirkt sich positiv auf die Erfolgsaussichten einer Schulhofneugestaltung aus.

Bei der Neugestaltung der Schulhöfe geht es jedoch nicht nur um eine reine Umgestaltung des Schulgeländes, sondern auch um die Schaffung eines Umfelds, welches den Bedürfnissen und Ideen aller Beteiligten gerecht wird. Im Austausch mit den Schulen wird schnell klar, dass sich Beteiligungsprozesse im schulischen Kontext aufgrund ihrer höheren Komplexität in erheblichem Maße von denen unterscheiden, die der Entwicklung von öffentlichen Spielplätzen zugrunde liegen. Zunächst ist die Akteursstruktur im schulischen Kontext von einer höheren Vielfalt geprägt, denn die Schulgemeinschaft geht über die Schülerinnen und Schüler als Endzielgruppe hinaus. Schulleitungen, Erziehungsberechtigten, Lehrkräfte, Hausmeisterinnen und Hausmeister sowie potenziell auch (Förder-)Vereine sind maßgeblich an den Prozessen zu beteiligen. Darüber hinaus ist ebenfalls die Zivilgesellschaft zu berücksichtigen. Zwar besitzen die Schulen oft die notwendigen Strukturen, um Beteiligungsprozesse eigenständig zu gestalten und zu koordinieren. Dennoch ist eine externe Fachbegleitung, beispielsweise durch Fachplanerinnen und -planern aus der Sicht der Schulen unerlässlich, um Expertise und eine objektive Perspektive in interne Diskussionsprozesse einzubringen. Des Weiteren benötigen diese Prozesse, insbesondere aufgrund der vielen Beteiligten Zeit, einschließlich der sogenannten „Übersetzungszeit“. Diese ist für die Schulen entscheidend, um komplexe, fachspezifische Inhalte innerhalb der Schulgemeinschaft verständlich und adressatengerecht zu kommunizieren und so eine gemeinsame Vision für einen neuen Schulhof zu erarbeiten.

---

<sup>10</sup> Wie in Kapitel 1 beschrieben, erfolgte der Austausch mit den Bochumer Schulgemeinschaften durch eine Online-Umfrage, Konzeptdialoge mit der Bezirksschüler\*innenvertretung und mit Schulen, in denen aktuell Schulhofprojekte umgesetzt werden. Im letzten Fall wurden im Rahmen der Konzeptentwicklung auch einzelne Vor-Ort-Begehungen unternommen.

Daher ist eine frühzeitige Einbindung relevanter Akteure sowie eine kontinuierliche Kommunikation zwischen Schule, Stadtverwaltung und Fachplanerinnen und -planern von essenzieller Bedeutung, um einen reibungslosen Ablauf im Zuge der Neugestaltung eines Schulhofes sicherzustellen. Nicht zuletzt erfordert die Suche nach optimalen Lösungen und Kompromissen oft Raum für Experimente, weswegen die Beteiligungsprozesse an den Schulen idealerweise einen iterativen Charakter annehmen sollten.

In Anbetracht dieser Herausforderungen und Potenziale schlägt dieses Konzept zur Neugestaltung von Schulhöfen eine Programm- und Projektmanagementstruktur vor ([Kapitel 3](#)), die auf den genannten Prinzipien basiert. Diese stellt sicher, dass Schulen nicht nur von Veränderungen profitieren, sondern aktiv zu ihrer Gestaltung beitragen können. Indem die Beteiligungsprozesse als iterative, zeitintensive und komplexe aktorsgesteuerte Ansätze verstanden werden, wird die Grundlage für eine erfolgreiche Neugestaltung von Schulhöfen geschaffen, die die Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern und der gesamten Schulgemeinschaft optimal berücksichtigt.

## 2.4 Ganzheitliche Betrachtung: Anforderungskatalog

Die Schaffung einer gemeinsamen Verständnisgrundlage ist ein Gebot der fairen Beteiligung und soll im Kontext der Neugestaltung der Bochumer Schulhöfe in erster Linie durch den nachfolgend dargestellten Anforderungskatalog möglich sein. In diesen fließen die zentralen Anforderungen sowohl der Stadtverwaltung als auch der Bochumer Schulen ein. Wie bereits erwähnt, lassen sich diese Anforderungen in sechs Handlungsfelder gliedern. Die Darstellung der Anforderungen nach Handlungsfeldern dient in erster Linie der Übersichtlichkeit. Die dort suggerierte Trennschärfe ist in der Praxis allerdings nur bedingt vorhanden. Ein derartiger Anforderungskatalog birgt Wechselwirkungen und in einzelnen Fällen Spannungsverhältnisse, welche im Kapitelende exemplarisch behandelt werden und in Abstimmungsprozessen zwischen Schulen und Stadtverwaltung frühzeitig zu berücksichtigen sind. Hierfür soll der Anforderungskatalog als Orientierungsrahmen verstanden werden, der im Projektkontext durchaus ergänzt werden kann und soll. In den folgenden Abschnitten werden die jeweiligen Handlungsfelder näher beschrieben und ihre zentralen Anforderungen vorgestellt.<sup>11</sup>

---

<sup>11</sup> Einige Anforderungen basieren auf offiziellen Dokumenten wie Spielleitplanung, städtischen Handlungskonzepten und DIN-Normen, die detaillierte Informationen bereitstellen. Zur Transparenzherstellung werden die zentralen Informationsquellen je Handlungsfeld angegeben. Die Angabe der Informationsquellen soll als Ausgangspunkt für weiterführende Recherchen dienen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

## Anforderungskatalog „Bochums schöne Schulhöfe“


### Handlungsfelder



Abbildung 2: Handlungsfelder in der Neugestaltung

### Handlungsfeld 1: Spielleitplanung & Pädagogik

Die Anforderungen aus dieser Kategorie stammen größtenteils aus der Spielleitplanung wie auch aus den pädagogischen Impulsen der Bochumer Schulen. Sie tragen dazu bei, dass Schulhöfe als vielseitige Räume für Lernen und soziale Interaktion dienen. Kinder und Jugendliche sollen hierfür unabhängig von Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Herkunft und Behinderung in den Gestaltungsprozess einbezogen werden. Dies soll einen inklusiven und schülerorientierten Schulhof als Ort des Lernens, der Kreativität, Bewegung und des sozialen Austauschs fördern

 <b>Spielleitplanung &amp; Pädagogik</b>		
	Anforderung	Ergänzung
<b>Beteiligung</b>	Der Schulhof muss zwingend unter Beteiligung der Schulgemeinschaft geplant werden.	Beteiligungsprozesse sollen nach Möglichkeit von externen Fachexpertinnen und -experten begleitet werden.
<b>Öffnung</b>	Der Schulhof soll nach der Unterrichtszeit der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.	Eine Einzelfallprüfung mit der Schulgemeinschaft soll jedoch dort stattfinden, wo eine Öffnung des Schulhofes nicht ohne Weiteres geschehen kann. Eine Öffnung soll besonders in dichten und stark versiegelten Stadtteilen mit einer Unterversorgung an Spielplätzen und Grünflächen angestrebt werden.

	Anforderung	Ergänzung
<b>Erlebnisvielfalt</b>	Der Schulhof muss Erlebnisvielfalt anbieten, hierzu gehören beispielweise:	<ul style="list-style-type: none"> <li>- naturnahe Spielangebote mit entwicklungsfähigen Teilbereichen und natürlichen Materialien;</li> <li>- abwechslungsreiche Geländemodellierung und gestaltbare heimische Pflanzen;</li> <li>- möglichst kontrastreiche Spielgeräte</li> </ul>
<b>Rückzug</b>	Der Schulhof soll Rückzugsmöglichkeiten für die verschiedenen Altersgruppen und Geschlechter anbieten.	Der Schulhof soll über ausreichend Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten, wie auch ausreichende Überdachungen oder Unterstände verfügen, die Schutz vor Regen bieten.
<b>Begegnung</b>	Der Schulhof soll Orte der Begegnung und Kommunikation beinhalten.	
<b>Bewegung</b>	Der Schulhof soll ausreichende und geeignete Flächen für Sport- und Bewegung anbieten.	
<b>Umweltbewusstsein</b>	Der Schulhof soll über Möglichkeiten zur Umsetzung von klimabezogenen Bildungs- und Aufklärungsaktivitäten verfügen, um das Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler für den Klimawandel und seine Auswirkungen zu stärken.	

#### Zusätzliche Informationsquellen

- Spielleitplanung der Stadt Bochum
- pädagogische Konzepte der Bochumer Schulen
- DIN 18034-1 Spielplätze und Freiräume zum Spielen - Anforderungen für Planung, Bau und Betrieb
- Vorlage Nr. 20213590

Tabelle 1: Handlungsfeld Spielleitplanung & Pädagogik

## Handlungsfeld 2: Erreichbarkeit & Barrierefreiheit

Die Anforderungen aus diesem Handlungsfeld stellen sicher, dass der Schulhof für Schülerinnen und Schüler sowie für das Schulpersonal gleichermaßen zugänglich und nutzbar ist. Die verpflichtende inklusive Gestaltung fördert nicht nur die soziale Integration, sondern schafft auch eine Umgebung, die die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten aller Schülerinnen und Schüler respektiert. Dabei bezieht sich Erreichbarkeit zum einen auf die Zugänglichkeit des Schulhofs von verschiedenen Punkten innerhalb und außerhalb der Schule. Eine optimale Gestaltung berücksichtigt verschiedene Aspekte, beispielsweise die Mobilität sowie die gesamte Verkehrsanbindung. Zum anderen umfasst Barrierefreiheit die Schaffung einer Umgebung, die für sämtliche Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihren physischen Fähigkeiten oder individuellen Bedürfnissen, leicht zugänglich ist. In diesem Kontext sollte vor allem die barrierefreie Bodengestaltung in Betracht gezogen werden.

 Erreichbarkeit & Barrierefreiheit		
	Anforderung	Ergänzung
Barrierefreiheit	Der Schulhof und seine Spielflächen sollen barrierefrei zu erreichen sein	Der Schulhof soll barrierefrei sein, um Menschen mit verschiedenen Fähigkeiten den Zugang und die Nutzung zu ermöglichen.
	Der Schulhof muss Spielgeräte beinhalten, die gemeinsam von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung genutzt werden können.	<p>Der Schulhof soll Menschen mit Behinderungen Orientierungsmöglichkeiten durch visuelle und taktile Leitelemente anbieten.</p> <p>Der Schulhof soll Spielgeräte beinhalten, die Schülerinnen und Schülern unterschiedliche Bewegungsmöglichkeiten (z. B. Balancieren, Wippen, Schaukeln) und die damit verbundenen motorischen Herausforderungen in unterschiedlichen Abstufungen anbieten.</p> <p>Der Schulhof soll Spielgeräte beinhalten, die Schülerinnen und Schülern verschiedene Sinneserfahrungen ermöglichen.</p>



	Anforderung	Ergänzung
<b>Mobilität</b>	Der Schulhof soll mit Blick auf eine verkehrssichere, nachhaltige und bedarfsgerechte Mobilität geplant werden.	<p>Das Parken auf dem Schulhof ist demnach grundsätzlich zu verbieten.</p> <p>Der Schulhof soll über ausreichende Fahrradabstellanlagen verfügen. Bei Grundschulen soll zudem über das Einrichten von Parkmöglichkeiten für Tretroller nachgedacht werden.</p>


#### Zusätzliche Informationsquellen

- Bauordnung NRW
- DIN 18040-3 barrierefreies Bauen
- DIN 18034-1: Spielplätze und Freiräume zum Spielen - Anforderungen für Planung, Bau und Betrieb
- Mobilitätskonzept der Stadt Bochum
- Radverkehrskonzept der Stadt Bochum
- Stellplatzverordnung der Stadt Bochum

Tabelle 2: Handlungsfeld Erreichbarkeit & Barrierefreiheit

### Handlungsfeld 3: Brandschutz & Sicherheit

Das Handlungsfeld "Brandschutz und Sicherheit" stellt einen essenziellen Faktor in der Neugestaltung von Schulhöfen dar. Denn die bauliche Neu- bzw. Umgestaltung des Schulhofes soll nicht nur eine ästhetisch ansprechende und funktionale Gestaltung hervorbringen, sondern gleichermaßen höchsten Standards bezüglich der Sicherheit der Schülerschaft sowie des Lehrpersonals genügen. Anforderungen im Bereich Brandschutz und Sicherheit tragen dazu bei, eine sichere Umgebung zu schaffen, in welcher sämtliche Aktivitäten ungehindert und unbedenklich ausgeführt werden können.

 Brandschutz & Sicherheit		
	Anforderung	Ergänzung
Brandschutz	Der Schulhof muss die Brandschutzanforderungen gewährleisten.	<p>Der Schulhof muss ausreichend Zufahrts- und Aufstellflächen für Rettungsfahrzeuge zur Verfügung stellen können (in KIEZ*-Schulstandorten sind besondere Anforderungen an Aufstellflächen zu berücksichtigen - eine frühzeitige Einbindung des kommunalen Krisenmanagements ist in entsprechenden Gestaltungsprojekte erforderlich).</p> <p>(* KIEZ: KrisenInformations-ErsthilfeZentren)</p> <p>Der Schulhof muss ausreichend Flucht- und Rettungswege bieten, die gut zugänglich, frei von Hindernissen und deutlich gekennzeichnet sind.</p>
	Der Schulhof muss frei von Gefahrenstellen sein, beispielsweise von unebenen Flächen, Stolperfallen und scharfen Kanten.	Die Spielgeräte sollen entsprechend der Altersgruppen der Schülerinnen und Schüler auf dem Schulhof ausgewählt und installiert werden, um ein sicheres Spielen zu gewährleisten
Sicherheit	Der Schulhof soll Starkregenschutz gewährleisten.	<p>Der Schulhof soll über ausreichende Entwässerungssysteme wie Rinnen, Abflussgitter oder Mulden verfügen, um sicherzustellen, dass Regenwasser effektiv abfließen kann und keine Pfützen oder Überschwemmungen entstehen.</p> <p>Der Schulhof muss über robuste Oberflächen verfügen, die Starkregen standhalten können.</p>


### Zusätzliche Informationsquellen

- Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Bochum
- Arbeitsstättenverordnung
- Bauordnung NRW sowie örtliche Bauvorschriften und -genehmigungen
- DIN 18034-1: Spielplätze und Freiräume zum Spielen - Anforderungen für Planung, Bau und Betrieb
- DIN EN 1176: Sicherheit von Spielplatzgeräten und Spielplätzen
- DIN EN 1177: Prüfverfahren für Spielplatzböden
- LANUV: Arbeitshilfe kommunales Starkregenrisikomanagement
- Leitfaden Flächen für die Feuerwehr

Tabelle 3: Handlungsfeld Brandschutz & Sicherheit

### Handlungsfeld 4: Klimaresilienz

Diese Anforderungen fördern die Entwicklung von Schulhöfen, die für Schülerinnen und Schüler lebenswerter sind, sich an klimatische Veränderungen besser anpassen und ihren Beitrag zu einer klimaresilienten Stadt leisten. Durch die ganzheitliche Integration von Maßnahmen zu Hitzeminderung, Regenwassermanagement, Biodiversität und nachhaltigen Materialien wird der Schulhof zu einem Ort, der nicht nur für die heutige, sondern auch für die kommenden Generationen eine nachhaltige und widerstandsfähige Umgebung bietet.

 Klimaresilienz		
	Anforderung	Ergänzung
<b>Entsiegelung</b>	Der Schulhof soll nach Möglichkeit weitgehend entsiegelt werden.	<p>Der Schulhof soll die Förderung der mikroklimatischen Bedingungen berücksichtigen, z. B. durch die Integration von Grünflächen, die für eine natürliche Kühlung sorgen.</p> <p>Der Schulhof soll über geeignete Versickerungsflächen wie bepflanzte Grünflächen oder Mulden verfügen, um Regenwasser auf natürliche Weise zu absorbieren und eine nachhaltige Bewirtschaftung des Niederschlags zu ermöglichen.</p>

	Anforderung	Ergänzung
<b>Begrünung</b>	Der Schulhof soll über eine artenreiche Beschattung, Bepflanzung und Begrünung verfügen.	<p>Der Schulhof soll über ausreichend schattenspendende Bereiche verfügen, um den Schutz vor intensiver Sonneneinstrahlung zu gewährleisten und den Schülerinnen und Schülern einen angenehmen Aufenthalt im Freien auch bei hohen Temperaturen zu ermöglichen.</p> <p>Der Schulhof soll über Bepflanzungen mit klimaresistenten Pflanzenarten verfügen, die hitze- und trockenheitsresistent sind und zur Biodiversität beitragen.</p> <p>Der Schulhof soll vielfältig begrünt werden, indem bspw. Rasenflächen, Gehölz- und Staudenbeete oder Grüninseln integriert werden.</p> <p>Der Schulhof soll über naturnahe Elemente wie Pflanzen, Sträucher oder Bäume verfügen, um die ökologische Vielfalt zu fördern und Lebensräume für Tiere zu schaffen</p> <p>Der Schulhof kann auch Gründächer oder vertikale Gärten umfassen, um zusätzliche Grünflächen zu schaffen und die Entsiegelung zu fördern.</p> <p>Der Schulhof soll durch einen behutsamen Umgang mit dem Baumbestand (in der Planung und in der Umsetzungsphase) neugestaltet werden.</p>
<b>Regenwasser- management</b>	Der Schulhof soll unter Berücksichtigung eines Regenwasserabkopplungssystems neugestaltet werden.	<p>Der Schulhof soll Möglichkeiten zur natürlichen Wasserableitung integrieren, bspw. durch die Nutzung von Retentionsflächen oder Versickerungsanlagen.</p> <p>Der Schulhof soll über Möglichkeiten zur Sammlung und Nutzung von Regenwasser verfügen, bspw. durch die Installation von Regentonnen, Regenwasserzisternen oder die Einrichtung eines Bewässerungssystems.</p>


### Zusätzliche Informationsquellen

- Klimaplan Bochum 2035
- Klimaanpassungskonzept der Stadt Bochum
- DIN 1986-100: Entwässerungsanlage für Gebäude und Grundstücke

Tabelle 4: Handlungsfeld Klimaresilienz

### Handlungsfeld 5: Wirtschaftlichkeit

Die Anforderungen aus dem Handlungsfeld „Wirtschaftlichkeit“ zielen darauf ab, eine ausgewogene Balance zwischen Investitionen und Nutzen zu schaffen. Durch eine strategische Budgetplanung, Auswahl nachhaltiger Materialien und eine vielfältige Nutzungskonzeption wird gewährleistet, dass die Schulhofneugestaltung ökonomisch verantwortungsbewusst durchgeführt wird und gleichzeitig der gesamten Schulgemeinschaft einen langfristigen Mehrwert bietet.

<div>  Wirtschaftlichkeit </div>		
	Anforderung	Ergänzung
<b>Kosteneffizienz</b>	Der Schulhof soll wirtschaftlich gestaltet sein, indem er kosteneffiziente Lösungen und Materialien verwendet, um die finanziellen Ressourcen der Schule zu schonen.	<p>Der Schulhof soll über langlebige und wartungsarme Spielgeräte und Ausstattungselemente verfügen, um die Betriebs- und Instandhaltungskosten zu minimieren.</p> <p>Der Schulhof soll ressourcenschonend gestaltet sein, beispielsweise durch den Einsatz von umweltfreundlichen Materialien und energieeffizienter Beleuchtung.</p>

	Anforderung	Ergänzung
<b>Kosteneffizienz</b>	Die Neugestaltung des Schulhofs muss in Kenntnis der damit verursachten Folgekosten durchgeführt werden. Der Umgang mit möglichen baulichen Hindernisfaktoren (z. B.: Bodenbelastung, marode Grundleitungen) muss bereits in der Phase 0 Gegenstand der Planung sein.	
<b>Zukunftsfähigkeit</b>	Der Schulhof soll auf eine langfristige Nutzung ausgelegt sein, um flexibel auf neue Nutzungsbedarfe zu reagieren und Ausgaben für spätere Umbauten oder Anpassungen möglichst zu vermeiden.	Der Schulhof muss sowohl für Ersatzklassen als auch für künftige Sanierungen des Schulgebäudes ausreichende Flächen bieten, und zwar zusätzlich zu den von Rettungswagen erforderlichen Zufahrts- und Aufstellflächen.


#### Zusätzliche Informationsquellen

- Schulgesetz NRW
- DIN 18034-1 Spielplätze und Freiräume zum Spielen - Anforderungen für Planung, Bau und Betrieb

Tabelle 5: Handlungsfeld Wirtschaftlichkeit

#### Handlungsfeld 6: Einbindung im Stadtteil

Das Handlungsfeld „Einbindung im Stadtteil“ nimmt eine wichtige Stellung in der Neugestaltung von Schulhöfen ein. Der Schulhof wird aus dieser Perspektive nicht nur als isolierter Raum innerhalb der Schule betrachtet, sondern als integraler Bestandteil des umgebenden Stadtgefüges. Diese integrative Perspektive beruht auf der Annahme, dass der Schulhof nicht nur den Schülerinnen und Schülern dient, sondern auch als Ort der Begegnung, der sozialen Interaktion, der Zusammenarbeit und gemeinschaftlicher Aktivitäten im Stadtteil fungiert.

 Einbindung im Stadtteil		
	Anforderung	Ergänzung
<b>Stadtteilentwicklung</b>	Der Schulhof soll so gestaltet sein, dass er Angebote im Stadtteil ergänzt, einladend für alle Altersgruppen und Bevölkerungsgruppen ist und einen positiven Beitrag zum Stadtbild und zum Leben im Stadtteil leistet.	<p>Der Schulhof kann als öffentlicher Raum konzipiert sein, der nicht nur von den Schülerinnen und Schülern, sondern auch von der lokalen Gemeinschaft genutzt werden kann.</p> <p>Der Schulhof kann multifunktionale Bereiche beinhalten, die sowohl für schulische Aktivitäten als auch für öffentliche Veranstaltungen im Stadtteil genutzt werden können.</p> <p>Der Schulhof kann Grünflächen, Sitzgelegenheiten und Erholungsbereiche bieten, die zur Aufenthaltsqualität im Stadtteil beitragen.</p>

#### Zusätzliche Informationsquellen

- Bochumer Grundsätze zur städtebaulichen Gestaltung

Tabelle 6: Handlungsfeld Einbindung im Stadtteil

#### Zwischenfazit

Die Ergebnisse der Konzeptdialoge verdeutlichen eine facettenreiche Anforderungslandschaft, in der die Forderungen aus politischen, zivilgesellschaftlichen, schulischen und städtischen Verwaltungskreisen miteinander in Wechselwirkung und häufig sogar in Konflikt stehen. Neben vielfältigen Nutzungszwecken verbergen sich auch verschiedene Nutzergruppen hinter dem Anforderungssystem, was zur Folge hat, dass im Programm „Bochums schöne Schulhöfe“ eine vollständig widerspruchsfreie Darstellung der Anforderungen weder möglich noch erstrebenswert ist. Ganz im Gegenteil: Der vorgestellte Anforderungskatalog soll die Beteiligten für Chancen, aber auch für unvermeidbare Spannungsverhältnisse in der Schulhofgestaltung sensibilisieren und zum Dialog einladen.

Der Konflikt zwischen Budgetierung und den weiteren Anforderungen ist eine der zentralen Herausforderungen bei der Neugestaltung von Schulhöfen. Er erzwingt einen Abwägungsprozess zwischen den tatsächlich vorhandenen finanziellen Ressourcen und ehrgeizigen Umgestaltungszielen und -ideen. Auf der einen Seite stehen die Ambitionen und Visionen, die oft von den Bedürfnissen und Erwartungen der Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Erziehungsberechtigten getrieben werden. Diese Ambitionen

können sich in verschiedenen Aspekten der Schulhofgestaltung manifestieren, darunter die Schaffung von modernen Spielbereichen, grünen Oasen, Kunstinstallationen, nachhaltigen Landschaftsgestaltungen und innovativen Lernräumen. Auf der anderen Seite stehen jedoch die realen Budgetbeschränkungen, die den Gestaltungsraum oft einschränkt.

Die Lösung dieses Konflikts erfordert eine sorgfältige Abwägung und Priorisierung der Projektkomponenten. Es kann notwendig sein, einige der geplanten Elemente zu verschieben oder anzupassen, um das vorhandene Budget einzuhalten, indes aber die Kernziele des Projekts nicht zu beeinträchtigen. Eine effektive Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten, einschließlich der Schulgemeinschaft, der Verwaltung und möglicher Sponsoren oder Geldgeber, ist entscheidend, um realistische Ziele zu setzen und sicherzustellen, dass das Budget effizient genutzt wird. Der beschriebene Konflikt ist in gewisser Weise unausweichlich, aber er kann eine Gelegenheit sein, kreative Lösungen zu finden und die Projektumsetzungen auf eine realistische und dennoch ehrgeizige Weise voranzutreiben. Dabei geht es darum, den bestmöglichen Nutzen aus den verfügbaren finanziellen Mitteln zu ziehen und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Gestaltung des Schulhofs den Bedürfnissen und Visionen der Schulgemeinschaft gerecht wird.

Auf Ebene der Programmanforderungen lassen sich ebenfalls Spannungsverhältnisse feststellen, die im Dialog zwischen Schulen und Stadtverwaltung frühzeitig identifiziert werden sollen und sich nur im Rahmen eines integrierten Ansatzes lösen lassen. Die überaus erstrebenswerte Entsiegelung von Schulhofflächen ist hierfür ein Paradebeispiel, denn diese birgt Herausforderungen, die in Planungsprozessen mitbedacht werden müssen: Die Entsiegelung von Flächen führt beispielsweise zu erhöhtem Pflegeaufwand sowie zu entsprechend höheren langfristigen Folgekosten, kann den barrierefreien Zugang zu bestimmten Schulhofbereichen verhindern und trägt oftmals zum erhöhten Schmutzaufkommen in Klassenräumen bei. Ein weiteres Beispiel ist die Geländemodellierung der Schulhöfe. Diese trägt zur Schulhofverschönerung bei und erhöht seinen Wiedererkennungswert. Sie fördert zudem körperliche Aktivitäten der Schülerinnen und Schülern, indem sie zum Klettern, Erkunden und Spielen animiert werden. Eine modellierte Landschaft bringt allerdings vielfach höhere Pflegekosten mit sich, wie auch erhöhte Sicherheitsrisiken und Einschränkungen mit Blick auf Flucht- und Rettungswege sowie die Barrierefreiheit. Aus der Sicht des Schulträgers können ähnliche Maßnahmen die Zukunftsfähigkeit des Schulgeländes negativ beeinflussen, denn langfristige Nutzungsänderungen erfordern in diesen Fällen beträchtliche Umbaukosten.

Diese exemplarischen Erläuterungen stellen Beispiele für das Auftreten von Konflikten innerhalb der Anforderungslandschaft dar und können um weitere Konfliktpotenziale ergänzt werden. Sie zeigen zudem, dass eine offene Kommunikation mit allen Beteiligten erforderlich ist, um Spannungsverhältnisse frühzeitig zu antizipieren, zu identifizieren und effektiv zu lösen. Daher sollten, wie in [Kapitel 4](#) aufgezeigt, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Erziehungsberechtigten, Schulverwaltung und möglicherweise die lokale Gemeinschaft in den Planungsprozess konsequent einbezogen werden. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund schulscharfer Lösungen wichtig, denn jeder Schulhof ist einzigartig und individuell zu betrachten, so dass die dargestellten Spannungsverhältnisse in der Neugestaltung von Schulhöfen je nach Standort und Gemeinschaft variieren. Um die genannten Punkte zu berücksichtigen und Kompromisse zu schaffen, benötigt das Programm, wie in [Kapitel 3](#) beschrieben, eine Steuerungsebene, wie auch die dazu gehörigen Rollen und Prozesse.



### 3. Organisationsstruktur in der Neugestaltung

Ein Blick in das [Kapitel 3](#) und damit in das Anforderungssystem der Neugestaltung der Bochumer Schulhöfe reicht vermutlich aus, um Außenstehende für das breite Spektrum an Themen und für die ebenfalls vielfältige Akteurslandschaft in der Schulhofentwicklung zu sensibilisieren. Allein in der Bochumer Stadtverwaltung werden rund zehn verschiedene Stadtämter, die in fünf verschiedenen Dezernaten verteilt sind, direkt oder indirekt an entsprechenden Maßnahmen beteiligt. Diese Tatsache ist keine Besonderheit der Bochumer Stadtverwaltung. Vielmehr stellt das komplexe Akteursnetz für alle Schulbaumaßnahmen in Deutschland eine Herausforderung dar. Dies liegt u. a. an den aufgeteilten Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung mit der jeweiligen Verantwortung für die entsprechenden Normen und Vorgaben. Außerdem hängt, wie einleitend argumentiert, mit dem modernen Schulhof eine Vielzahl von Nutzungszielen wie auch Nutzergruppen zusammen - entsprechend wird eine breite disziplinübergreifende Fachexpertise benötigt. Effiziente Beteiligungsformate in einem derartig unübersichtlichen Szenario zu gestalten, ist und bleibt eine Herausforderung, die sich nur anhand klar definierter Rollen und Prozesse bewältigen lässt. Diese Rollen und Prozesse gilt es im Vorfeld von einzelnen Projekten in einem Programmrahmen festzulegen.

Die Konzeptdialoge haben neben den Anforderungen an die Schulhöfe auch Anforderungen an die Organisation der Schulhofgestaltung verdeutlicht: Die Herausforderung der Rollen- und Prozessunklarheit wurde sowohl von Schulen als auch von den Stadtämtern identifiziert und als zentraler Aspekt für die Konzeptentwicklung herausgearbeitet. In diesem Kontext bemängeln die Bochumer Schulen vor allem die immer wieder wechselnden Ansprechpartnerinnen und -partner in der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, wie auch die intransparenten verwaltungsinternen Abläufe, die Gestaltungsprojekten zugrunde liegen würden. Die Partnerämter stellten ihrerseits ebenfalls fest, dass oftmals keine Klarheit darüber besteht, wann und inwieweit welches Stadtamt in Gestaltungsprozesse einzubeziehen sei und wer die Federführung in solchen Maßnahmen übernimmt<sup>12</sup>. Aus den Berichten der Bochumer Schulen und der kommunalen Ämter wurden die Indizien für bestehende Doppelstrukturen und dementsprechend ineffiziente Planungs- und Kommunikationsprozesse deutlich. Diese Erkenntnisse bilden die Grundlage für die Entwicklung der Rollen- und Prozessmodelle, die in den nachfolgenden Unterkapiteln dargestellt werden.

---

<sup>12</sup> Oft wird in diesem Kontext die im Jahr 2022 initiierte verwaltungsinterne Reorganisation der Schulträgerschaft erwähnt, welche die Zentralen Dienste und das Schulverwaltungsamt betrifft. Nach dieser Reorganisation sind nun die Zentralen Dienste Gebäudeeigentümer und übernehmen die Koordination in der Neugestaltung von Schulhöfen.

### 3.1 Rollen in der Neugestaltung

Auch wenn ein fein abgestimmtes Rollenmodell in der Schulhofgestaltung laut Beteiligten bislang keine gelebte Praxis in Bochum dargestellt hat, vermittelten die städtischen Ämter in den Konzeptdialogen ein durchaus einheitliches Bild, immer als sie nach einem idealtypischen Modell gefragt wurden. Innovation und eine lebendige Beteiligungspraxis können am ehesten dort entstehen, wo Rollen eindeutig orientiert an der Fachlichkeit der Projektbeteiligten definiert werden: Das gilt nicht zuletzt mit Blick auf die Fachlichkeit der Schulen. Gerade die Schulgemeinschaften brauchen in Planungsprozessen den nötigen Spielraum sowie genug Zeit, ihre pädagogischen Konzepte zu entfalten, die Beteiligung ihrer Schulgemeinschaft an Entscheidungsprozessen zu koordinieren und dadurch ihre Schulhofprojekte aktiv mitzugestalten.

Die folgend vorgestellten Rollen in der Bochumer Stadtverwaltung wurden im Nachgang der Konzeptdialoge mit den beteiligten städtischen Ämtern in zwei Vor-Ort-Workshops abgestimmt<sup>13</sup>. Geprägt wurde diese Rollendiskussion weniger von klassischen Aushandlungsprozessen, sondern vielmehr von der Bereitschaft aller Partnerämter, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, eine Kultur der Planung und Kooperation zu etablieren und den Bochumer Schulgemeinschaften den nötigen Raum zu bieten, ihre pädagogischen Konzepte in Gestaltungsprojekte einfließen zu lassen.

#### **Programmsteuerung „Bochums schöne Schulhöfe“**

Den Zentralen Diensten<sup>14</sup> (die seit 2022 die Rolle des Gebäudeeigentümers übernehmen), dem Schulverwaltungsamt (welches ebenfalls seit 2022 mit den Zentralen Diensten die nun geteilte Schulträgerschaft verantwortet) und dem Umwelt- und Grünflächenamt der Stadt Bochum (als Ausführungsstelle von Gestaltungsprojekten in den Bochumer Schulhöfen) kommen die Schlüsselrollen in der Neugestaltung der Bochum Schulhöfe zu. Gemeinsam bündeln diese Ämter ihre Ressourcen und Kompetenzen und bilden nun die Programmsteuerung „Bochums schöne Schulhöfe“, welche die Rolle einer übergreifenden Koordinationsinstanz in der stadtweiten Schulhofentwicklung übernimmt. In enger Abstimmung sorgen diese Ämter dafür, dass (1) die Voraussetzungen für eine jährliche Programmplanung und für die entsprechende Umsetzung von Projekten geschaffen, (2) relevante Programmstandards definiert (bzw. fortgeschrieben) und dass (3) laufende Maßnahmen in deren Umsetzung überwacht und nach deren erfolgreicher Abnahme evaluiert werden.

Zu den Kernaufgaben der Programmsteuerung zählen zudem:

- Das Festlegen eines Programmbudgets im Rahmen des Doppelhaushaltes.
- Das Entwickeln von Entscheidungskriterien und auf dieser Grundlage das jährliche Priorisieren von Schulhofprojekten.

---

<sup>13</sup> Siehe Fußnote 5.

<sup>14</sup> In diesem Konzept wird die Amtsbezeichnung abwechselnd in ausgeschriebener und abgekürzter Form „ZD“ dargestellt.

- Das Konsolidieren und Fortschreiben programmrelevanter Standards (Anforderungskatalog, Rollen- und Prozessmodell, Ausstattungsstandards u. a.).
- Das abschließende Treffen grundsätzlicher Entscheidungen im Projektkontext, insbesondere durch das gemeinsame Abwägen und Priorisieren von Anforderungen in Situationen, die Spannungsverhältnisse mit sich bringen.
- Das Herbeiführen von Entscheidungen bei den oberen Entscheidungsinstanzen der Stadtverwaltung (Dezernatsebene und/oder Verwaltungsvorstand) in Situationen, die einen weiteren Eskalationsschritt mit sich bringen.
- Das entsprechende Kommunizieren grundsätzlicher Entscheidung nach außen (insbesondere in Richtung der Schulen und der Stadtgesellschaft).
- Das Beauftragen von Bestandsbegutachtungen zu den Schulhöfen und, darauf basierend, das fortwährende Entwickeln von strategischen Leitlinien für deren zielgerichtete Aufwertung.
- Das federführende Beantragen und Abwickeln von Fördermitteln sowie das Erstellen entsprechende Projektberichte.

### **Programm- und Projekteigner**

Auf der Projektebene vertreten die Zentralen Dienste die Stadtverwaltung als Eigentümer der Schulgebäude und Schulhofflächen und übernehmen demnach die Rolle des Auftraggebers in Gestaltungsprojekten. Sie verwalten das Programmbudget, verantworten das Controlling einzelner Umsetzungsmaßnahmen und beauftragen das Umwelt- und Grünflächenamt für deren Planung, Umsetzung und/oder fachliche Begleitung.

Zu den Kernaufgaben der Programm- und Projekteigners zählen zudem:

- Das Koordinieren der Kommunikation mit der Politik (beispielweise bei der Vorlagenerstellung für Bedarfs- und Ausführungsbeschlüsse) im Programm- und Projektkontext.
- Das Treffen abschließender Entscheidungen im Projektkontext bzw. das Herbeiführen von Grundsatzentscheidungen in der Programmsteuerung, wenn die Fachkompetenzen des Schulverwaltungsamtes und des Umwelt- und Grünflächenamtes einzubeziehen sind.
- Das Schaffen von Voraussetzungen für das erfolgreiche Agieren der Koordinierungsstelle für Beteiligungsprozesse, welche das Projektmanagement und die Beteiligungsprozesse innerhalb der Stadtverwaltung sowie in der Schnittstelle zwischen Schulen und Stadtverwaltung koordiniert.

### **Ausführungsstelle (Projektplanung und -umsetzung)**

In der Neugestaltung der Bochumer Schulhöfe fungiert das Umwelt- und Grünflächenamt der Stadt Bochum als Auftragnehmer, welcher durch die Zentralen Dienste für die Planung, fachliche Begleitung und ggf. auch für die Umsetzung von Schulhofentwicklungsprojekten beauftragt wird. In der Umsetzungsphase von Schulhofprojekten trifft das Amt abschließende operative Entscheidungen und übernimmt die fachliche Begleitung der ausführenden Baufirmen.

Zu den Kernaufgaben der Ausführungsstelle zählen zudem:

- Das Konsolidieren projektbezogener Anforderungsprofile.
- Das Vorbereiten und Koordinieren entsprechender Vergabeverfahren.
- Das Beraten der Programmsteuerung zum gesamten Leistungsumfang.
- Das Anfordern von Informationen und grundsätzliche Entscheidungen von der Programmsteuerung, immer wenn erforderlich.
- Die operative und fachliche Unterstützung der Koordinierungsstelle in den vorgesehenen Beteiligungsprozessen innerhalb der Stadtverwaltung sowie auch mit den betroffenen Schulen.
- Die enge Abstimmung mit der Koordinierungsstelle und dem Zentralen Fördermittelmanagement der Stadt Bochum in der Sichtung relevanter Fördertöpfe und die fachliche Zuarbeit in Abstimmung mit den zentralen Diensten bei der entsprechenden Antragstellung.

### **Koordinierungsstelle für Beteiligungsprozesse**

Die zahlreichen Anforderungen an die Schulhofentwicklung wie auch an die Organisation entsprechender Gestaltungsprojekte bringt Chancen aber auch Risiken mit sich. Insbesondere in der noch vorherrschenden Situation von Ressourcenknappheit muss die Stadtverwaltung dafür sorgen, dass sie ihre Ressourcen in der Zusammenarbeit mit den Schulen bestmöglich mit Blick auf effiziente Abstimmungsprozesse bündelt. Es ist somit Kernaufgabe einer Koordinierungsstelle als Hüter des Gesamtprozesses dafür zu sorgen, dass die Stadtverwaltung in ihrer Kommunikation mit den jeweiligen Schulen stets mit einer Stimme spricht. Die in den zentralen Diensten noch einzurichtende Koordinierungsstelle verantwortet das Projektmanagement in der Schulhofentwicklung und bindet die städtischen Akteure in die vorgesehenen Planungsprozesse ein. Sie koordiniert die Kommunikation zwischen Schulen und Verwaltung und sorgt in Abstimmung mit den betroffenen Schulen dafür, dass sich die Stadtverwaltung in Beteiligungsformate mit der Schulgemeinschaft einbringt.

Zu den Kernaufgaben der Koordinierungsstelle für Beteiligungsprozesse zählen zudem:

- Das Etablieren, frühzeitige Abstimmen und konsequente Kommunizieren eines Projektrahmens (Ziele, Budget, Zeitplan, u. a.) unter Einbindung aller zu beteiligenden Projektpartnerinnen und -partner.
- Das Koordinieren von Terminen für projektrelevante Abstimmungsprozesse und ihr anforderungsgerechtes Dokumentieren in den verschiedenen Projektetappen.
- Das Handeln als erste Anlauf- und Beratungsstelle für Schulen, an denen Projekte zur Neugestaltung des Schulhofs geplant sind.
- Die regelmäßige Berichterstattung an die Programmsteuerung sowie das Anfordern von Informationen und Herbeiführen von grundsätzlichen Entscheidungen, immer wenn dies der Projektkontext erfordert, wie auch die Informationsweitergabe an Schulen und Öffentlichkeit.
- Das Teilnehmen an programmrelevanten Arbeitsgremien (z. B.: Ausschüsse, Flächenkonferenz und Arbeitskreis Spiel), um Transparenz hinsichtlich laufender Schulhofprojekte herzustellen und möglicher Synergieeffekte mit weiteren projektrelevanten Maßnahmen frühzeitig zu erschließen.
- Das Koordinieren der Fördermittelsichtung in Abstimmung mit den weiteren Partnerämtern (insbesondere mit dem zentralen Fördermittelmanagement).

## **Fachliche Beratung: Schulverwaltungsamt, Technischer Betrieb, Tiefbauamt, Jugendamt, Amt für Stadtplanung und Wohnen und Amt für Finanzsteuerung (zentrales Fördermittelmanagement)**

Entlang der verschiedenen Prozessetappen der Schulhofentwicklung werden weitere kommunale Akteure entsprechend ihren Ressourcen und Fachkompetenzen zumindest punktuell einbezogen. Das im Anhang dieses Konzepts beigefügte Prozessmodell (siehe [Anlagen](#)) gibt klare Hinweise hinsichtlich der zeitlichen und sachlogischen Abfolge der Einbindung von städtischen Akteuren in Planungsprozessen. Daran orientiert werden weitere städtische Akteure in der Neugestaltung der Bochumer Schulhöfe mit Augenmerk auf ihre Ressourcen und Kompetenzen dargestellt<sup>15</sup>.

Das **Schulverwaltungsamt** vertritt die Stadt Bochum als Schulträger und fungiert demnach als zentraler Ansprechpartner der Bochumer Schulen sowie als Verantwortlicher für die Schulentwicklungsplanung der Stadt Bochum. Das Amt verfügt daher über Kenntnisse, die für eine strategische Programmsteuerung unerlässlich sind, wie zum Beispiel hinsichtlich der schulspezifischen Bedarfe in Fragen der Ausstattung und Pädagogik, des stadtweiten pädagogischen Schulangebots, des gegenwärtigen und zukünftigen Schulraumbedarfs, wie auch der mittelfristig zu erwartenden Schülerzahlen nach Schulformen, Schularten und Jahrgangsstufen. Darüber hinaus legt das Amt entsprechende Standards mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit und Zukunftsfähigkeit der städtischen Schulinfrastruktur fest und berät die Bochumer Schulen in pädagogischen Fragestellungen sowie Fragen zur Ausstattung.

Das **Amt für Stadtplanung und Wohnen** verantwortet unter anderem die integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte (ISEK) sowie weitere teilräumliche Konzepte und schafft dadurch die Basis für die strategische Entwicklung verschiedener Bochumer Stadtteile wie auch für die Akquise entsprechender Fördermittel (u. a. im Bereich der Städtebauförderung) und für die Entwicklung von Maßnahmen. Da städtische Schulen oft Dreh- und Angelpunkt der Stadtteilentwicklung sind, ist eine enge Abstimmung mit diesem Amt unerlässlich für das Erschließen von Synergieeffekten und passenden Fördermöglichkeiten. Als Forum hierfür bietet sich vor allem die Flächenkonferenz der Stadt Bochum an, in welcher verschiedene Ämter der Stadtverwaltung regelmäßig beraten. Das Amt verfügt zudem über ein breites Erfahrungsspektrum in der Organisation von Partizipationsformaten mit Schulen und Zivilgesellschaft von denen die Beteiligungsprozesse im Sinne der Schulhofentwicklung ebenfalls profitieren können.

Das **Tiefbauamt** übernimmt aufgrund seiner breiten Fachexpertise ebenfalls eine entscheidende Rolle in der fachlichen Beratung zu Planungs- und Ausführungsthemen. Das Amt ist einzubeziehen bei Fragen zu Mobilität und sicheren Schulwegen, zum Wassermanagement (wie beispielsweise bei der Ermittlung von Flächen mit Abkopplungspotenzial) wie auch zur Fördermittelakquise. Das Tiefbauamt verfügt zudem über Fachexpertise im Bereich der Grundleitungssanierung. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Konzepts wird auf

---

<sup>15</sup> Auch die Feuerwehr und der Rettungsdienst sind an der Neugestaltung der Schulhöfe zu beteiligen. Das Amt wirkt im Baugenehmigungsverfahren mit, berät zum baulichen und abwehrenden Brandschutz und stellt in Gestaltungsprojekten sicher, dass Zufahrtsflächen, Flucht- und Rettungswege durch die Umgestaltung nicht beeinträchtigt werden. Da die Rolle der Feuerwehr weitgehend gesetzlich festgeschrieben ist, ist sie kein Gegenstand der Rollendiskussionen im Rahmen der Konzeptentwicklung.

Dezernatsebene noch geklärt, welche Rolle das Tiefbauamt im Rahmen der Schulhofsanierung übernimmt und welches Amt die Grundleitungsthematik verantwortet. Das Thema genießt einen hohen Stellenwert in der Schulhofgestaltung, denn der Zustand der Grundleitungen in den Bochumer Schulen ist oftmals unbekannt, was Gestaltungsmaßnahmen beträchtlich erschwert. Marode Grundleitungen müssen im Vorfeld von Schulhofgestaltungsmaßnahmen zwingend instandgesetzt werden, weshalb die Grundleitungssanierung häufig Gestaltungsprojekten vorzuschalten ist.

Das **Jugendamt** verfügt als Hüter der Spielleitplanung der Stadt Bochum über relevante Ressourcen und Kompetenzen, von denen nicht nur die öffentlichen Spielplätze, sondern auch die städtischen Schulhöfe profitieren können. Neben den Erfahrungen in der konzeptionellen Ausgestaltung, Fortschreibung und Evaluation der Spielleitplanung und ihrer Qualitätsstandards, verfügt das Amt über Kenntnisse in der Durchführung von Beteiligungsprozessen mit Kindern- und Jugendlichen wie auch über entsprechende stadtweite Angebote für diese Zielgruppe. Das Synergiepotenzial mit der Schulhofentwicklung ist nicht zuletzt mit Blick auf die Netzwerkkompetenzen dieses Amts nahliegend: anders als andere kommunale Behörden wird das Bochumer Jugendamt vom Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (JHA) konstituiert und in diesem gilt die Beteiligung von Politik, Kommune, Trägern und weiteren nichtstaatlichen Organisationen als gelebte Praxis. Zudem koordiniert das Amt gemeinsam mit dem Umwelt- und Grünflächenamt und dem Amt für Stadtplanung und Wohnen den Arbeitskreis Spiel, in dem Projekte zur Neugestaltung öffentlicher Spielplätze initiiert und durchgeführt werden.

Der **Technische Betrieb** verantwortet seinerseits die Pflege, Unterhaltung, und häufig auch die Sanierung der Schulhofflächen sowie der dazugehörigen Spielgeräte (vorausgesetzt, dass kein Planungsanspruch erforderlich ist). Dieses Amt verfügt über Kenntnisse zu den vielfältigen Anforderungen an Spielgeräte und beauftragt deren jährliche Überprüfung in den städtischen Schulen. Der Technische Betrieb ist zudem entscheidend für das Schätzen der erwartenden Folgekosten in Gestaltungsmaßnahmen und ist bereits im Zuge der Grundlagenermittlung in die Projektumsetzung einzubeziehen, um die Langlebigkeit und Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen zu prüfen.

Das **Zentrale Fördermittelmanagement** steht der Koordinierungsstelle für Beteiligungsprozesse bei der Sichtung projektrelevanter Fördertöpfe zur Seite und wirkt bei der Suche und Akquise von Fördermitteln für Gesamt- und/oder Teilmaßnahmen mit. Hierfür ist sie auf die präzise Konzeptionierung von Projektmaßnahmen angewiesen, die in erster Linie von der Koordinierungsstelle für Beteiligungsprozesse und nach Bedarf auch vom Umwelt- und Grünflächenamt bereitzustellen sind.

## 3.2 Prozess in der Neugestaltung

Vor dem Hintergrund der komplexen Rahmenbedingungen ist es notwendig, die einzelnen Arbeitsschritte für die Neugestaltung in einem systematischen Gesamtbild darzustellen. Dazu bietet sich eine Prozessdarstellung an, welche die Abhängigkeit der unterschiedlichen Akteure von der Planung bis zur Inbetriebnahme der Schulhöfe beschreibt. Dabei erfüllt die Prozessdarstellung im Rahmen des Projekts mehrere Funktionen. Zum

einen wird dadurch für alle Beteiligten Transparenz über den Gesamtprozess hergestellt, in dem verschiedene Stellen auch nur punktuell eingebunden sind. Damit dient die Prozessdarstellung im Prozessverlauf auch immer wieder als Grundlage für die Diskussion mit den Ämtern über Zuständigkeiten und Schnittstellen über die unterschiedlichen Dezernate hinweg. Dadurch können Synergien aber auch Risikopotenziale identifiziert und bewertet werden. Zum anderen können durch die Prozessdarstellung Verbesserungspotenziale identifiziert werden. So wurden bei der Prozesserstellung Vorschläge aus den zahlreichen Konzeptdialogen erfasst und als Veränderungsperspektiven aufgenommen, die die Grundlage für eine abgestimmte Zusammenarbeit aller Beteiligten bietet und den Anforderungen an die Schulhofneugestaltung gerecht wird. Hier sei exemplarisch die Funktion der Koordinierungsstelle herausgegriffen, die nicht nur innerhalb der Verwaltung für eine Bündelung von Informationen und eine Vernetzung des Verwaltungshandelns sorgen, sondern auch die frühzeitige und systematische Einbindung der Schulen gewährleisten soll.

Der Ansatz – Verbesserungspotenziale im Prozess direkt aufzugreifen – hat sich auch vor dem Hintergrund der im Jahr 2022 stattgefundenen Reorganisation des Schulträgers als sinnvoll erwiesen. Während die Zuständigkeiten im Bereich Schulbau – und damit auch bei den Schulhöfen – stärker auf die beiden Ämter Zentrale Dienste und Schulverwaltungsamt verteilt waren, konzentriert sich diese Aufgabenwahrnehmung nun auf die Zentralen Dienste. Die Zentralen Dienste sind mit Blick auf die Schulhofgestaltung für die Aufnahme der Bedarfe, die Beschaffung von Geräten und Möbeln, aber vor allem die (Neu)Planung, Umsetzung und Bewirtschaftung von Schulhöfen federführend zuständig. Immer dann, wenn Beschaffung und Gestaltungsfragen vor dem Hintergrund der pädagogischen Relevanz bewertet werden müssen, ist auch weiterhin das Schulverwaltungsamt einzubinden.

Bis dato fand ein Großteil der Schulhofsanierungen und Neugestaltungen in der Folge von Schulbausanierungen statt. Durch den politischen Beschluss des Ausschusses für Schule und Bildung werden nun vielfältige gesamtstädtische Entwicklungsziele mit der Aufwertung der Bochumer Schulhöfe in Verbindung gebracht und erhöhen den Stellenwert der Schulhofneugestaltung. Die nachfolgende Prozessdarstellung kann als idealtypischer Prozess verstanden werden, der:

- die Auswirkungen der Reorganisation zwischen den zentralen Diensten und Schulverwaltungsamt,
- die Anforderungen der Verwaltungsämter und Schulen an den Prozess als Ergebnis der Konzeptdialoge mit denselben Akteuren,
- sowie die Verbesserungspotenziale aus bilateralen Abstimmungen mit Fachämtern und den durchgeführten Workshops

berücksichtigt und diesen Aspekten Rechnung trägt. Die genannten Punkte sind in der Folge ausschlaggebend für den Detaillierungsgrad der Prozessdarstellung. Um die Darstellung nicht mit Detailinformationen zu überfrachten, wurden folgende Prämissen für die Detailtiefe gewählt:

- Orientierung an den Leistungsphasen der HOAI
- Sichtbarmachen der Schnittstellen und Zuständigkeiten aller relevanten verwaltungsinternen Akteure



- zeitliche und sachlogische Abfolge aller Aktivitäten
- Berücksichtigung bestehender prozessrelevanter Abläufe und Gremien (z. B. Flächenkonferenz)
- Hervorhebung der Beteiligungsaktivitäten – insbesondere im Hinblick auf die Nutzergruppe Schule
- Aufzeigen von Verbesserungspotenzialen im Gesamtprozess (z. B. Koordinierungsstelle)

Im Folgenden soll die Prozessdarstellung nur in vereinfachter Form abgebildet und beschrieben werden, um anhand der oben genannten Prämissen die zentralen Prozessschritte zu verdeutlichen<sup>16</sup>.

### Phase: Vorbereitung

Bevor es in die konkrete Umsetzung einzelner Projekte geht, sind grundlegende Vorüberlegungen auf der Ebene der Programmsteuerung zu treffen. Zur Unterstützung dieser wurden konkrete Instrumente erarbeitet, die in [Kapitel 5](#) beschrieben werden. Ziel dieser Vorüberlegungen ist die Bewertung und Priorisierung von Schulhöfen anhand ausgewählter Kriterien, die Einfluss auf die Finanzierung der Maßnahme haben und die Projektumsetzung begünstigen (z. B. Fördermittel). Die priorisierten Maßnahmen können dann in einer zusammengeführten Projektliste als Grundlage für die Maßnahmenplanung auf Programmebene dienen.

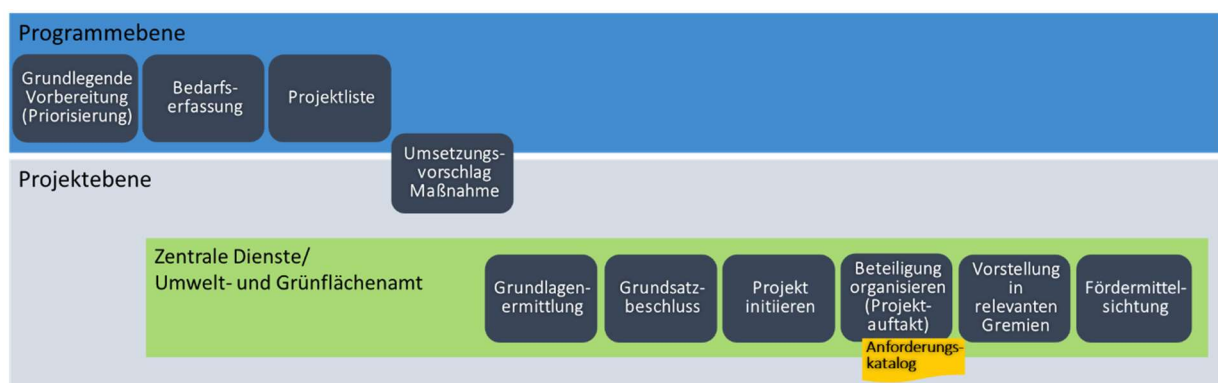


Abbildung 3: Prozessphase Vorbereitung

Dabei müssen die Bedarfe, die aus der Schullandschaft sowie von unterschiedlichen Stellen innerhalb der Verwaltung gemeldet werden und sowohl Sanierungsnotwendigkeiten als auch Neugestaltungsinteressen betreffen, genau berücksichtigt werden. Diese Bedarfe sollen bei den Zentralen Diensten als Verantwortlicher zusammenlaufen. Ausgehend von einer ersten Priorisierung werden die Maßnahmen der Projektliste von den zentralen Diensten in konkrete Umsetzungsvorschläge überführt und darauf basierend eine erste Kosten- und Zeitplanung gemeinsam mit dem Umwelt- und Grünflächenamt erarbeitet. Abhängig vom Kostenvolumen muss dieser Vorschlag durch die entsprechenden politischen Gremien beraten und grundsätzlich beschlossen werden, bevor es zur Projektinitiierung kommt.

<sup>16</sup> Die detaillierte Prozessbeschreibung findet sich in den Anlagen und liegt der Verwaltung in digitaler Form vor. Sie enthält Swimlanes für die einzelnen Akteure im Prozess und dient diesen in erster Linie als Orientierung und ist Grundlage für die kontinuierliche Überprüfung und Reflexion von Anpassungen auf Basis der Erfahrungen aus der praktischen Arbeit.



Mit dem Startschuss für die Maßnahme kommt der Koordinierungsstelle eine Schlüsselrolle zu. Diese Stelle hat bereits bei dem Projektauftakt die Aufgabe, einen umfassenden Beteiligungsprozess zu gestalten, in dem insbesondere die Beteiligung der Schulgemeinschaft hervorzuheben ist. Im Rahmen des Projektauftakts sind die zentralen Eckdaten der Maßnahme (Umfang, Starttermin, Dauer, Ansprechpersonen etc.) transparent darzustellen. In diesem Zusammenhang findet, moderiert durch die Koordinierungsstelle, ein erster gemeinsamer Abgleich der Projektanforderungen statt. Die Ergebnisse werden dokumentiert und zu klärende Fragen als Arbeitsaufträge verteilt, die bei darauffolgenden Abstimmungsgesprächen wieder aufgegriffen werden.

Die Koordinierungsstelle übernimmt im weiteren Prozessverlauf die Vorstellung des Projektvorhabens in unterschiedlichen verwaltungsrelevanten Gremien, um möglichst breit über den Projektrahmen zu informieren und gleichzeitig Synergiepotenziale zu erschließen. So könnte z. B. der Arbeitskreis Spiel genutzt werden, um den Bestand an Angeboten auf Spielflächen im Sozialraum der Schule mit den Planungen für den Schulhof abzugleichen oder um einen fachlichen Austausch zur Ausstattung mit Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche mit Behinderung anzustoßen. Diesem Vorgehen liegt der Gedanke zu Grunde, dass es in der Verwaltung bereits Wissensträgerinnen und -träger sowie Projekterfahrung aus anderen Bereichen gibt, die nicht neu aufgebaut werden muss. In einem weiteren Schritt initiiert die Koordinierungsstelle die gemeinsame Fördermittelsichtung. Hierbei werden alle relevanten Ämter aufgefordert, in ihren eigenen Zuständigkeitsbereichen mögliche Fördertöpfe zu sichten bzw. die Förderung von Teilmaßnahmen in einer bestehenden Förderkulissee zu prüfen. Auch hierzu sind ausgehend von der Koordinierungsstelle die Eckdaten des Projekts entsprechend aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen.

### **Phase: Entwurfs- und Vorplanung**

Die Zentralen Dienste verantworten den Planungsauftrag. In dieser Phase muss entschieden werden, ob der Auftrag für die Vorplanung sowie die Entwurfsplanung direkt an externe Fachfirmen gegeben wird oder im Rahmen der Amtshilfe an das Umwelt- und Grünflächenamt, welches dann entweder die Pläne mit eigenen Ressourcen oder durch externe Vergabe erstellt. Auch in dieser Phase verantwortet die Koordinierungsstelle die regelmäßige Rückkoppelung mit der Schule. Die Ausgestaltung nimmt in dieser Phase immer konkretere Züge an, sodass am Ende der Entwurfsplanung die Zentralen Dienste eine Entscheidungsgrundlage für die politischen Gremien erstellen können.

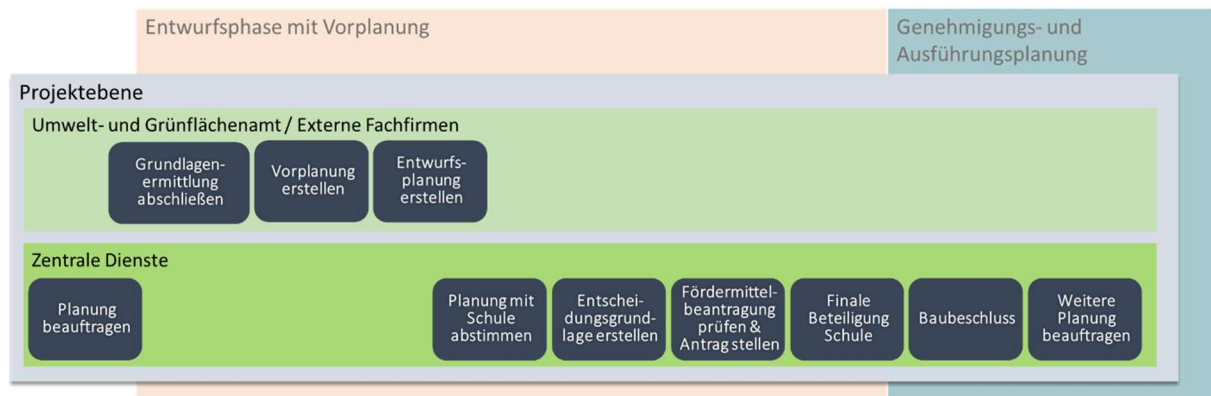


Abbildung 4: Prozessphase Entwurfs- und Vorplanung

Die Ergebnisse der Prüfung von Fördermöglichkeiten aus der letzten Phase laufen bei der Koordinierungsstelle zusammen und bilden die Grundlage zur Entscheidung der Antragsstellung durch die Zentralen Dienste. Durch die Berücksichtigung der Förderkriterien kann es ggf. zur Nachjustierung der Planungsunterlagen kommen, um Fördertöpfe umfänglich ausschöpfen zu können. Im Idealfall kann in dieser Phase bereits die Entscheidung über einen Förderantrag getroffen und die betreffenden Ämter aufgefordert werden, Zuarbeit für den Antrag zu leisten. In Abhängigkeit des Umfangs von Projektanpassungen wird auch die Schule durch die Koordinierungsstelle informiert.

Auch wenn der positive Bescheid über Förderung noch aussteht, kann die Projektfinanzierung durch die Zentralen Dienste vorbehaltlich einer möglichen Förderung finalisiert werden. Diese Kostenkalkulation stellt einen zentralen Baustein des Baubeschlusses dar. Die notwendige Vorlage wird in enger Zusammenarbeit mit den am Projekt beteiligten Ämtern vorbereitet. Die Koordinierungsstelle gewährleistet, dass die Schulgemeinschaft vor Einbringung in die politischen Gremien beteiligt wird. Dieser Schritt im Prozess markiert die letzte Möglichkeit, größere budgetwirksame Änderungen vorzunehmen. Da der Gremienlauf bereits terminiert ist, muss für die Beteiligung in dieser Phase ausreichend Vorlaufszeit eingeplant werden. Im Anschluss wird die Baubeschlussvorlage in den politischen Gremien beraten. Nach positivem Beschluss kann durch die Zentralen Dienste die weitere Planung beauftragt werden.

#### Phase: Genehmigungs- und Ausführungsplanung

Die Genehmigungsplanung wird entweder als Amtshilfe dem Umwelt- und Grünflächenamt übergeben oder durch eine Beauftragung externer Dienstleistender erstellt. In dieser Phase findet eine umfassende und abschließende Abstimmung mit den relevanten Ämtern zu den benötigten Planungsunterlagen statt.

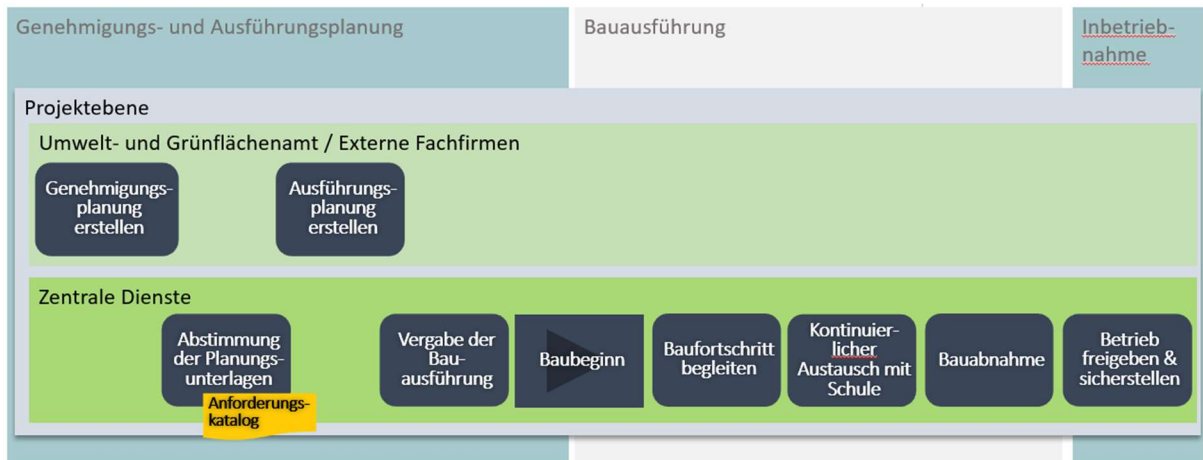


Abbildung 5: Prozessphasen Genehmigungs- und Ausführungsplanung sowie Bauausführung

Nach Erstellung der Genehmigungsplanung besteht die Kommunikation mit der Schulgemeinschaft für die Koordinierungsstelle vor allem in dem regelmäßigen Informieren der Schule mit dem Ziel der Transparenzherstellung. Ab diesem Zeitpunkt sollen keine größeren Planungsänderungen mehr auftreten.

Die Ausführungsplanung inklusive der Vorbereitung der Vergabe wird analog zur Genehmigungsplanung vom Umwelt- und Grünflächenamt übernommen oder extern vergeben und anschließend mit den Zentralen Diensten abgestimmt. Wenn diese als Bauherr die Planung freigeben, werden von dort die vorbereitenden Vergabeschritte eingeleitet. Ggf. liegen der Verwaltung zu dieser Zeit weitere Informationen zu gestellten Förderanträgen vor, die durch die Koordinierungsstelle an die betreffenden Ämter weitergegeben werden.

### Phase: Bauausführung

Auf Grundlage der Ausführungspläne beauftragen die Zentralen Diensten das Umwelt- und Grünflächenamt mit der Erarbeitung des Leistungsverzeichnisses. Hierzu ist für Fragen der Ausstattung der Technische Betrieb ebenfalls hinzuzuziehen. Auf dieser Basis werden die Kosten für das spätere Kostencontrolling ermittelt. Das Ziel ist die Zusammenstellung der Unterlagen für den Vergabeprozess.

Die Vergabe von Leistungen an die einzelnen Gewerke erfolgt ebenfalls in enger Abstimmung zwischen den Zentralen Diensten und Umwelt- und Grünflächenamt, welche gemeinsam die Planungen betreuen. Die eingeholten Angebote müssen fachlich bewertet und das wirtschaftlichste Angebot ausgewählt werden. Es ist die Aufgabe des Umwelt- und Grünflächenamtes die Angebote zu prüfen und einen Vergabevorschlag zu erarbeiten. Die Zentralen Dienste erteilen auf dieser Grundlage die Beauftragung. Zeitliche Abweichungen vom Plan sind durch die Koordinierungsstelle an die Schule weiterzutragen. Mit dem Umsetzungsbeginn des ersten Gewerks beginnt die Baumaßnahme. Während das Umwelt- und Grünflächenamt die Maßnahme fachlich begleitet, werden auf Seiten der Zentralen Dienste die Kosten kontrolliert. Je umfänglicher die Maßnahme, umso höher ist das Risiko von unerwarteten Entwicklungen oder Verzögerungen. In dieser Phase ist die frühzeitige Informationsweitergabe an die Schule notwendig. Gleichzeitig kann die Schulgemeinschaft

vor Ort mögliche Fehlentwicklungen schnell erkennen und den Auftraggebern melden. Auch nach Abschluss der Maßnahme findet eine Übergabe mit der Schulgemeinschaft (im Sinne einer Nutzereinweisung) statt.

Die Bauabnahmen insbesondere durch die Zentralen Dienste, das Umwelt- und Grünflächenamt sowie den Technischen Betrieb in ihrer fachlichen Zuständigkeit schließen die Maßnahmenumsetzung ab. Mögliche Regressansprüche sind mit den beteiligten Ämtern zu prüfen. Ebenso die Einhaltung der gesetzten Anforderungen und Vorgaben. Erst im Anschluss kann die Inbetriebnahme durch die Zentralen Dienste freigegeben werden. Neben der Rechnungslegung erfolgen im Anschluss an die Umsetzung die Mittelabrufe für Fördergeber sowie die Erfüllung der Dokumentationspflichten. In den darauffolgenden Monaten ist für die getätigten Arbeiten auf dem Freigelände zunächst die Fertigstellungspflege abzunehmen, welche beispielweise den Deckungsgrad des Rasenanwuchses betrifft. Später erfolgt die Abnahme der Entwicklungspflege (u. a. Rasenflächen und Stauden betreffend) und damit einhergehend die Übergabe an den Technischen Betrieb, welcher dann die Pflege und Unterhaltung der Freianlage übernimmt.

Für die Sicherstellung des Betriebs ist fortan neben den Zentralen Diensten als Gebäudebewirtschafter auch der Technische Betrieb zuständig. Von dort müssen eine fortwährende Kontrolle der Spielgeräte, die Ersatzbeschaffungen sowie die Pflege der Grünanlagen erfolgen.

#### **Phase: Projektevaluation**

Der Koordinierungsstelle obliegt an dieser Stelle die Aufgabe den Projektverlauf zu evaluieren. Wenn zum ersten Mal ein solches Projekt mit entsprechenden Beteiligungsformaten durchlaufen wird, ist es sinnvoll die Erfahrungen zu analysieren und zu bewerten. Da jedes Projekt einen anderen Rahmen hat, soll die Evaluation in angemessener Form fester Bestandteil der einzelnen Projekte sein. Die Projektevaluation soll einen Beitrag zur kontinuierlichen Optimierung des Prozessmodells und der hier abgebildeten Schnittstellen leisten. Die Ergebnisse sind auf Ebene der Programmsteuerung zu diskutieren, damit hier Entscheidungen zur Anpassung des Prozesses oder der eingesetzten Instrumente getroffen werden.

## 4. Handlungsempfehlungen für die Neugestaltung

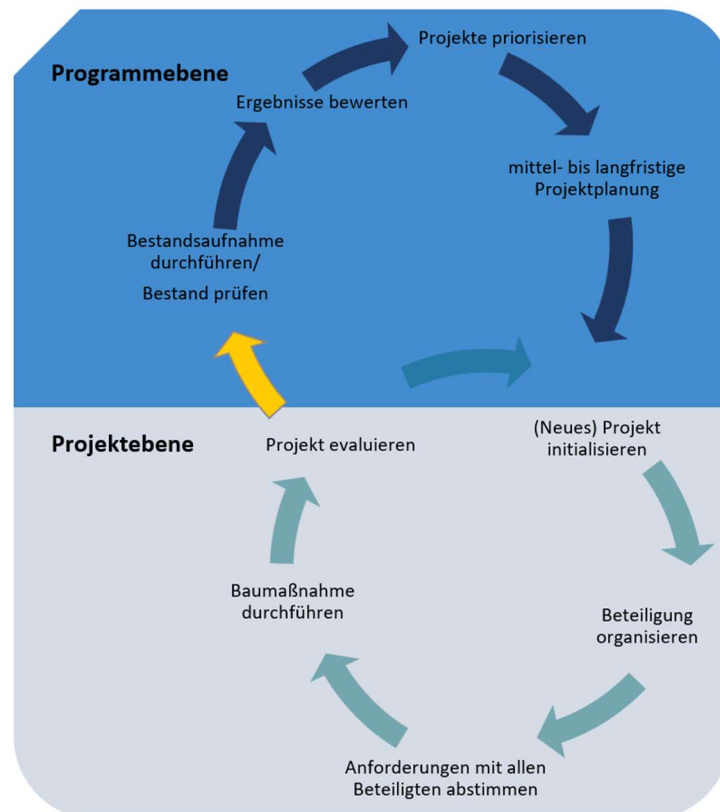


Abbildung 6: Unterscheidung der zentralen Arbeitsschritte auf Programm- und Prozessebene

Das Herausarbeiten eines Anforderungskatalogs und die Abstimmung eines kompetenzbasierten Rollen- und Prozessmodells schaffen die Basis für ein Programm zur Neugestaltung der Bochumer Schulhöfe wie auch für die Entwicklung künftiger Umsetzungsprojekte. In den folgenden Unterkapiteln werden auf Grundlage der im Zuge der Konzeptentwicklung erarbeiteten Ergebnisse Handlungsempfehlungen formuliert, welche die Verwaltung in der Fortschreibung des Programms „Bochums schöne Schulhöfe“ unterstützen sollen. Entsprechend der Rollenbeschreibung nehmen die Empfehlungen auf Ebene der Programmsteuerung Bezug auf den Gesamtbestand der Schulhöfe und die langfristige Planung von Projekten. Auf der Projektebene stehen die Handlungsempfehlungen mit Auswirkungen auf die praktische Projektarbeit im Fokus. Abbildung 6 zeigt die zentralen Arbeitsschritte auf beiden Ebenen im zyklischen Ablauf. Auch wenn diese Zuteilung nicht immer trennscharf ist, dienen die Schritte in den folgenden Unterkapiteln als Orientierung, wie Tabelle 7: Zentrale Arbeitsschritte als Orientierung für Handlungsempfehlungen

zeigt:

	ZENTRALE ARBEITSSCHRITTE	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN IM UNTERKAPITEL
<b>Programmebene</b>	Bestandsaufnahme durchführen / Bestand prüfen	4.1 Systematische Bestandsaufnahme
	Ergebnisse bewerten	4.2 Bewertung und Priorisierung 4.3 Langfristige Haushaltsplanung
	Projekte priorisieren	
	Mittel- bis langfristige Projektplanung	
<b>Projektebene</b>	(Neues) Projekt initialisieren → Projekt evaluieren	4.4 Etablierte Prozesse und Rollen
	Beteiligung organisieren	4.5 Beteiligung und Koordination
	Anforderungen mit allen Beteiligten abstimmen	4.6 Leitlinien als Zielvorstellung
	Projekt evaluieren	4.7 Modellprojekte als Lernfeld

Tabelle 7: Zentrale Arbeitsschritte als Orientierung für Handlungsempfehlungen

## 4.1 Systematische Bestandsaufnahme

Die Neugestaltung aller Bochumer Schulhöfe unter Berücksichtigung der erhobenen Anforderungen ist eine langfristige Aufgabe, die strategisch gesteuert werden soll. Die 92 Bochumer Schulhofflächen sind unterschiedlich beschaffen und auch die Möglichkeiten zu deren Umgestaltung sind verschieden stark ausgeprägt. Die gemeinsame Arbeit im Rahmen der Workshops mit städtischen Fachexpertinnen und -experten hat deutlich gemacht, dass bisher zu wenige gesicherte Informationen vorliegen, um den Sanierungs- bzw. Neugestaltungsbedarf von Schulhöfen präzise einzuschätzen. Exemplarisch sei der oftmals unbekannte Zustand der Grundleitungen genannt. Diese sollen bei hohem Sanierungsbedarf unbedingt in Stand gesetzt werden, bevor Maßnahmen der Oberflächengestaltung durchgeführt werden.

Eine systematische und kriteriengeleitete Bestandsaufnahme stellt aus Sicht der Partnerämter eine notwendige Grundlage dar, um Schulhofmaßnahmen strategisch zu planen, zu priorisieren und in eine zeitliche Abfolge zu bringen. Sie soll zudem die Zielvorstellung<sup>17</sup> für die Neugestaltung der Schulhöfe berücksichtigen. Denn nur durch den Abgleich des IST-Zustandes mit einem künftigen Zielbild und damit verbundenen Gestaltungsvorhaben, lässt sich der Umfang von Einzelmaßnahmen kalkulieren. Die Bestandsaufnahme zu

<sup>17</sup> In Kapitel 4.6 werden Leitlinien für die Neugestaltung Bochumer Schulhöfe empfohlen, die für alle Schulhöfe gelten sollen und damit einen neuen Standard für die Neugestaltung etablieren. Exemplarisch sei die Schaffung von Abstellanlagen für Zweiräder genannt.

den Bochumer Schulhöfen wird dadurch zum Ausgangspunkt strategischer Überlegungen für die Programmsteuerung und die zu tätigenen Haushaltplanungen. Denn erst auf dieser Grundlage wird es möglich sein, die finanziellen Kosten, sowohl im laufenden Betrieb (konsumtiv) als auch in Form von Investitionen (investiv), den benötigten Personalbedarf sowie die Erstellung realistischer Zeitpläne für die Umsetzung der Maßnahmen zu planen.

Im Rahmen der erwähnten Workshops mit den Partnerämtern wurden in mehreren Bearbeitungsschleifen Erfassungsparameter erarbeitet, die die Grundlage für eine Bestandsaufnahme bilden. Diese Parameter wurden thematisch gegliedert und liegen der Verwaltung vor.

Es wurde deutlich, dass der Verwaltung für viele Parameter bereits nutzbare Informationen vorliegen. Andere Informationsbedarfe müssen durch externe Dienstleister erfasst, strukturiert und dokumentiert werden. Die Ergebnisse sind durch den Programmeigner (Zentrale Dienste) zusammenzuführen, um sie auf Ebene der Programmsteuerung als Entscheidungsgrundlage für eine strategische Planung samt Priorisierung zu nutzen.

## 4.2 Bewertung und Priorisierung

Werden künftig Schulhöfe entsprechend den Programmanforderungen und unabhängig von Schulgebäudesanierungen neugestaltet, dann stellt sich für den Schulträger die Frage nach der Priorisierung von Schulhofprojekten. Eine solche Priorisierung soll anhand definierter Parameter erfolgen und baut im Idealfall auf den Ergebnissen einer systematischen Bestandsaufnahme ([Kapitel 4.1](#)) auf. Dies ist eine Grundvoraussetzung, um Umgestaltungsmaßnahmen mittel- und langfristig zu planen, weshalb gemeinsam mit der Programmsteuerung ein Verfahren entwickelt wurde, um in mehreren Schritten finanzielle Anlässe, fördernde und hindernde Bedingungen für eine Neugestaltung zu prüfen.

So vielfältig und berechtigt die Anlässe für Gestaltungsmaßnahmen sein können: Ihnen liegt die Frage nach dem Vorhandensein entsprechender Finanzmittel zugrunde, sodass gerade in Zeiten begrenzter Ressourcen eine Priorisierung von Projekten auf dieser Basis unausweichlich ist. In der bisherigen Praxis werden Schulhöfe in der Regel nach Schulgebäudesanierungen neu- bzw. umgestaltet. Die Mittelverwendung für diese Maßnahmen sind bereits auf mehrere Jahre geplant. In der Entwicklung des Programms „Bochums schöne Schulhöfe“ hat sich zusätzlich der Bedarf der Grundleitungssanierung als besonders dringlich herausgestellt. Finanzielle Mittel wurden auch hierfür von den Zentralen Diensten gebunden, sodass erste Umsetzungsprojekte in Abhängigkeit von diesen Sanierungsmaßnahmen geplant und durchgeführt werden können. Daneben sind aber auch weitere Anlässe denkbar, die Möglichkeiten einer Finanzierung mit sich bringen können. So sind in mittel- bis langfristiger Perspektive insbesondere die Sanierung von Sporthallen und/oder -plätzen auf und angrenzend an Schulgeländen, die geplante Erweiterung von Schulgebäuden sowie die Umgestaltung benachbarter Flächen als Synergieeffekte und Gelegenheitsfenster für neue Investitionen stets zu berücksichtigen. Anders verhält es sich mit Neugestaltungsanlässen in Folge von Krisenereignissen, die kurzfristig eintreten (z. B. nach einer Überflutung von Schulhofgeländen oder nach der

dringenden Notwendigkeit der Schadstoffbeseitigung vor Ort), aber ebenfalls auf Synergien geprüft und für Planungen berücksichtigt werden sollen.

Für finanziell gesicherte Projektplanungen lassen sich in einem zweiten Schritt fördernde Bedingungen identifizieren, die eine Projektumsetzung begünstigen und damit Einfluss auf die Priorisierung von einzelnen Schulhöfen nehmen. So kann ein hohes Entsiegelungspotenzial bei gleichzeitig hohem Entsiegelungsbedarf (z. B. wenn der Schulhof in einem Starkregengebiet liegt) zu einer höheren Priorisierung der Schulhoffläche führen. Dieser Aspekt unterstreicht die Notwendigkeit einer systematischen Bestandsaufnahme, die diesem Aspekt Rechnung trägt und die erforderliche Grundlage für eine stadtweite Bewertung von Schulhöfen bieten kann. Die Nutzung von Fördermitteln, welche die Neugestaltung von Schulhöfen gänzlich oder teilweise finanziell unterstützen, sind ebenfalls als fördernde Bedingungen zu bewerten. Nehmen Förderprogramme explizit die Neugestaltung von Schulhöfen in den Blick, können diese sogar zu finanziellen Anlässen werden. Ebenfalls betrachtet werden sollen in einem dritten Schritt ver- bzw. hindernde Bedingungen, die eine Projektumsetzung aus Sicht der Stadtverwaltung erheblich erschweren oder sogar verhindern.

Das skizzierte Verfahren zur Priorisierung liegt der Verwaltung in detaillierter Form vor und soll die Grundlage für die Entscheidungsfindung auf Ebene der Programmsteuerung bilden. Dabei obliegt es der Programmsteuerung insbesondere die fördernden und (ver-)hindernden Bedingungen unterschiedlich zu gewichten, um den aktuellen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. So kann die strategische Zielsetzung, städtische Flächen verstärkt zu entsiegeln, im Kontext der Neugestaltung von Schulhöfen genutzt werden, um finanzielle und personelle Ressourcen effizient einzusetzen. Die für die Priorisierung notwendige Datenbasis sollte – insofern die Informationen nicht bereits vorliegen – bei der Konzeption einer systematischen Bestandsaufnahme dringend berücksichtigt werden. Das gesamte Verfahren sollte entsprechend im Gesamtkontext des Programms „Bochums schöne Schulhöfe“ betrachtet und regelmäßig reflektiert werden.

## 4.3 Langfristige Haushaltsplanung

Die bisherigen Ausführungen verdeutlichen auch den finanziellen Umfang und die Notwendigkeit einer langfristigen Planung für die Neugestaltung der Bochumer Schulhöfe. Die Umsetzung erfordert daher eine entsprechende haushälterische Planung und Mittelbereitstellung. Im Folgenden werden die Aspekte der Maßnahmenfinanzierung, die Nutzung von Fördermitteln und die benötigten Personalressourcen aufgegriffen.

### Projektbezogene Haushaltsplanung

Die vorausgehenden Unterkapitel bilden die Grundlage für eine strategische Maßnahmenplanung auf Ebene der Programmsteuerung. Zum Zeitpunkt der Konzeptentwicklung werden Schulhofsanierungen in der Folge von Schulgebäudesanierungen umgesetzt und sind somit im städtischen Haushalt hinterlegt. Der gemeinsam mit den Partnerämtern erarbeitete Anforderungskatalog ([Kapitel 3](#)) benennt u. a. Sanierungsaspekte, die in der Vergangenheit nicht oder nicht systematisch bei Schulhofsanierungen berücksichtigt wurden. Mit einer neuen Zielsetzung ([Kapitel 4.6](#)) für die Gestaltung aller Bochumer Schulhöfe folgt eine entsprechende Anpassung



der bisher geplanten Mittel im Haushalt. Die in [Kapitel 4.1](#) beschriebene Bestandsaufnahme kann hierzu wichtige Grundlagendaten liefern.

Zusätzlich wurde im Rahmen der Projektarbeit die Dringlichkeit der Sanierung von Grundleitungen unterhalb von Schulhofflächen deutlich. Da bei umfangreichen Sanierungsmaßnahmen die Schulhoffläche unweigerlich in Mitleidenschaft gezogen wird, sind die Synergien beider Maßnahmen unbedingt zu berücksichtigen. Die notwendigen Grundleitungssanierungen sind damit auch als „Treiber“ für die Umsetzung zu verstehen. Denn es wird aktuell von der Stadtverwaltung angestrebt, die Umsetzungsquote von Schulhofsanierungen auf drei Standorte im Jahr zu erhöhen. Gleichzeitig sollten auch die finanziellen Synergien bei der Instandsetzung geprüft werden mit Blick darauf, einen größtmöglichen Nutzen zu erzielen. Die notwendigen Mittel für diese Sanierungsprojekte wurden von den Zentralen Diensten als Projekteigner bereits gebunden.

Die Möglichkeit der Fördermittelakquise kann ebenfalls neue Perspektiven für die Schulhofentwicklung eröffnen. Dieser Aspekt nahm der Zusammenarbeit mit den Partnerämtern eine zentrale Rolle ein und wurde auch in der Prozessdarstellung entsprechend gewürdigt. Im Zusammenhang mit der Städtebauförderung hat die Stadtverwaltung Bochum in der Vergangenheit bereits Mittel für Schulhofsanierungen in den jeweiligen Fördergebieten einwerben können. Zum Zeitpunkt der Konzeptentwicklung stellt sich die Fördermittellandschaft allerdings als stark dynamisch dar, sodass eine langfristige Planung kaum möglich ist. Dennoch erwarten die Fachämter mittelfristig Förderoptionen, vornehmlich in den Bereichen nachhaltiges Bauen und Klimaresilienz. Da die Fristen für die Abgabe von Projektanträgen erfahrungsgemäß mit den verwaltungsinternen Vorlaufzeiten für die Planungen von Baumaßnahmen konfligieren, empfiehlt es sich die Pläne „auf Vorrat“ zu halten, um bei passenden Förderoptionen handlungsfähig zu sein.

Die Ausführungen machen deutlich, dass Maßnahmen bereits in kurzfristiger Perspektive geplant werden sollen. Durch die verwaltungsinterne Festlegung von Zielvorstellungen und Standards für die Schulhofgestaltung ([Kapitel 4.6](#)) kann der Umfang von Einzelmaßnahmen präziser geschätzt werden. Diese Einzelmaßnahmen sind unter Betrachtung der notwendigen Priorisierungen und der verfügbaren Ressourcen in eine realistischen Jahresplanung zu überführen, damit die Mittel in den kommenden Haushaltjahren veranschlagt werden können.

### **Personelle Ressourcen**

Neben der Finanzierung der Maßnahmen müssen auch die personellen Ressourcen berücksichtigt werden, die in koordinierender, begleitender oder in operativer Funktion für die Projektplanung und -durchführung sowie für die Pflege und Bewirtschaftung der Schulhofflächen benötigt werden. In [Kapitel 3](#) wurde bereits ausführlich erörtert, welche Aufgaben und Mehrwerte eine Koordinierungsstelle für den dezernatsübergreifenden Arbeitsprozess hat. Diese Personalstelle ist als Projektmanagement für die Schulhofgestaltung in alle baulichen Verfahren der Schulhofgestaltung und Sanierung eingebunden und organisiert und überwacht die Durchführung der Projekte von der Bedarfsmeldung über die Projektinitiierung bis hin zur Projektevaluation. Besondere Bedeutung kommt der Koordinierungsstelle im Hinblick auf die Beteiligung der Schulgemeinschaften zu ([Kapitel 4.5](#)). Demnach soll das Stellenprofil sowohl Erfahrungen im

Projektmanagement als auch eine ausgeprägt Sozial- und Methodenkompetenz für die Moderation und Begleitung von Beteiligungsprozesse berücksichtigen.

Nach Einschätzung der Programmsteuerung werden künftig im Bereich der Schulen mehr Baumaßnahmen umgesetzt, was in der Folge auch den Koordinierungsbedarf steigen lässt. Bereits im Laufe der Konzeptentwicklung zeigte sich deutlich, dass eine regelmäßige und kontinuierliche Kommunikation das synergetische Arbeiten und Denken befördert. Die stärkere Beteiligung der Schulgemeinschaften steigert den Kommunikationsbedarf sowohl qualitativ als auch quantitativ. Diesem Mehraufwand – insbesondere in der Initiierungs- und Planungsphase von Projekten – steht der Mehrwert einer Projektplanung entgegen, die einen Beitrag zur Reduktion des Risikos von kostspieligen Verzögerungen oder Nacharbeiten liefert und die Zufriedenheit der verschiedenen Nutzergruppen erhöht. Die Mitglieder der Projektsteuerung sehen vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit einer Koordinierungsstelle. Die organisatorische Verortung der Koordinierungsstelle wird aus mehreren Gründen bei den Zentralen Diensten gesehen, denn dieses Amt:

- ...verantwortet alle Baumaßnahmen im Schulbereich, sodass Synergien zwischen Schulbaumaßnahmen und Schulhofsanierungen frühzeitig erkannt und genutzt werden können,
- ...ist für die Bewirtschaftung verantwortlich und hat daher bereits einen engen Kontakt zur Schule,
- ...begleitet die gesamte Maßnahme in allen Leistungsphasen und kann beispielweise Folgekosten für die Bewirtschaftung abschätzen.

Die neu zu schaffende Koordinierungsstelle könnte perspektivisch im Sachgebiet Gebäudewirtschaft verortet werden und soll ein Vollzeitäquivalent umfassen. In der Programmsteuerung wurde zudem auch eine Ausweitung der Aufgaben für den Bereich der Hochbaumaßnahmen im Schulbereich erkannt.

Mit zunehmenden Maßnahmen wird folglich auch der Personalbedarf auf operativer Ebene deutlich steigen. Das betrifft beispielweise das Umwelt- und Grünflächenamt, welches in zahlreichen zentralen Prozessschritten von der Grundlagenermittlung, über die Vor- und Entwurfsplanung bis hin zur Ausführungsplanung und -begleitung sowie Vergabevorbereitung involviert ist. Aber auch beim Technischen Betrieb werden sich durch einen Maßnahmenzuwachs und die ausgeweiteten Programmanforderungen, die u. a. mehr Begrünung vorsehen, Pflege- und Wartungsarbeiten für Pflanzen, Spielgeräte und Mobiliar kumulieren. Auch die Kosten für Personal zur Bewirtschaftung der Gebäude steigen, wenn beispielsweise mehr entsiegelte Flächen zu einem höheren Schmutzaufkommen in den Gebäuden führen.

Es wird deutlich, welche Auswirkungen die in diesem Konzept dargelegte Ausrichtung bei der Neugestaltung der Schulhöfe für die haushälterische Planung hat. Wenn die Stadtverwaltung Bochum der Schulhofgestaltung einen entsprechenden Stellenwert einräumt, dann müssen auch die notwendigen Mittel in kurz- aber auch in langfristiger Perspektive in die Haushaltplanung aufgenommen werden. Es ist davon auszugehen, dass die Neugestaltung eine Zukunftsaufgabe wird, die zyklische und kontinuierliche Anpassungen auf Schulhofflächen oder Teilsanierungen nötig macht. Entsprechend sind dezernatsübergreifend die erforderlichen Personalressourcen für Planung, Umsetzung sowie Pflege und Wartung vorzuhalten.

## 4.4 Etablierte Prozesse und Rollen

Die verwaltungsinterne Reorganisation und die Erweiterung der Anforderungen an Schulhöfe erfordern klare Abstimmungswege und transparente Abläufe auf der Projektebene. Rollen und ein klar definierter Prozess (Kapitel 3) bilden die organisatorische Grundlage, den Herausforderungen der Neugestaltung von Schulhöfen zu begegnen. Der Prozess auf der einen Seite nimmt die relevanten Akteure über die Ämtergrenzen hinweg in den Blick und zeichnet ein ganzheitliches Bild der Zusammenarbeit unter Berücksichtigung von Schnittstellen innerhalb und außerhalb der Verwaltung. Das Rollenmodell auf der anderen Seite definiert auf der Grundlage von fachlichen und organisatorischen Kompetenzen wie auch Zuständigkeiten die zur Neugestaltung notwendigen Funktionen einzelner Ämter.

Während der Konzeptarbeit wurde eine regelmäßige Sitzung im Rahmen der Programmsteuerung durch die Projektkoordination organisiert und moderiert. Hierbei wurde deutlich, dass die regelmäßige Abstimmung zwischen verschiedenen Ämtern notwendig ist, um Planungen und Maßnahmen auf Schulhofflächen frühzeitig zu kommunizieren und um Abhängigkeiten mit anderen Planungen und Anforderungen transparent zu machen. Wird dies nicht berücksichtigt, kann es beispielweise dazu führen, dass Maßnahmen durchgeführt werden und nach Abschluss keine ausreichenden Flächen für die Aufstellung von künftig benötigten Klassenraumcontainern vorgesehen wurden.

Gerade in Schulhofprojekten sind die zu beteiligenden Stadtämter zahlreich und über verschiedene Dezernate verteilt, sodass Kenntnisse über verwaltungsinterne Abläufe und Zuständigkeiten unerlässlich für eine effiziente Projektdurchführung sind. Das Sichtbarmachen von Abläufen und die Zuweisung von Rollen leitet einen Beitrag zu effizienten Abstimmungen. Denn so wird sichergestellt, dass die notwendigen Informationen zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle zusammenlaufen. Die Etablierung von Kommunikationsformaten wie der Programmsteuerung ermöglichen kurze Abstimmungswege zu Steuerungs- und Entscheidungsinstanzen. Es wird also nicht nur die interne Zusammenarbeit unterstützt, sondern auch ein Beitrag für eine einheitliche und verbindliche Kommunikation nach außen geleistet.

Die Potenziale beider Elemente – Rollenmodell und definierte Prozesse – lassen sich folglich nur umfänglich ausschöpfen, wenn sie in das Verwaltungshandeln überführt und im Tagesgeschäft mit Leben gefüllt werden. Die handelnden Akteure sind selbst in der Pflicht ihre Rollen wahrzunehmen und ihre Ressourcen sowie Kompetenzen zur Erfüllung der Prozessschritte einzusetzen. Dies schließt nicht aus, dass der Prozess in der Praxis erprobt und Teilprozesse sowie Rollendefinitionen fachlich reflektiert und angepasst werden.

## 4.5 Beteiligung und Koordination

Die Ergebnisse der Umfrage bei den Bochumer Schulen, die von 33 Schulen beantwortet wurde, verdeutlicht, dass in der schulischen Beteiligung Optimierungspotenzial liegt. So geben knapp ein Viertel der Schulen an, keine Beteiligung bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen erlebt zu haben. Bei der Frage, wie Beteiligung auf einer Skala zwischen 1 (sehr zufrieden) bis 6 (sehr unzufrieden) bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen insgesamt

erlebt wird, lag die durchschnittliche Bewertung bei 3,6. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage nach der Transparenz in diesem Prozess. Hier lag die Bewertung bei 3,7. Diese Zahlen werden durch die Rückmeldungen von Schulleitungen im Rahmen der Konzeptdialoge untermauert, die umfassende Beteiligungsprozess einfordern.

Vor dem Hintergrund der ausdifferenzierten Anforderungslandschaft und der zahlreichen zu beteiligenden Akteure sind diese Ergebnisse ein Beleg für die Herausforderung, in dieser komplexen Interessenslage Projekte zu planen und durchzuführen. Interessenskonflikte sind bei Schulhofmaßnahmen an unterschiedlichen Standorten immer wieder zu erwarten. Dies soll nicht dazu führen, dass an dieser Stelle Zeit gespart und kontroverse Diskussionen vermieden werden. Im Gegenteil: Gerade dieses von Spannungsverhältnissen geprägte Szenario macht den Dialog zwischen Schulen und Stadtverwaltung unabdingbar, um tragfähige Kompromisse möglichst frühzeitig zu schließen. Ist die Tür für den Prozess der Beteiligung geöffnet, stehen alle beteiligten Akteure in der Verantwortung, die Bedürfnisse und Anforderungen der anderen wahrzunehmen, Konfliktsituationen zu antizipieren und stets offen für neue Lösungsansätze zu bleiben. Eine solche Haltung ist eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Beteiligungsprozess und trägt dazu bei, dass im Ergebnis schulscharfe Lösungen entstehen und eine hohe Zufriedenheit bei den Nutzerinnen und Nutzern erreicht wird.

Aufgrund der gesellschaftlichen und sozialen Bedeutung von Schulbauten hat die Zukunftsfähigkeit im Kontext von Beteiligungsprozessen eine besondere Relevanz. Durch eine frühzeitige und kontinuierliche Beteiligung wird das Risiko minimiert, dass die Schulhöfe an den (pädagogischen) Interessen und Bedürfnissen der Nutzergruppe vorbei realisiert werden, was im Ergebnis zu Unzufriedenheit und damit einhergehend oft zu Anpassungen und kostspieligen Nachbesserungen führen kann. Umgekehrt wird sich eine Schulgemeinschaft, welche die Entstehung ihres Schulhofs eng begleitet und sogar mitgestaltet hat, mit dem Ergebnis stärker identifizieren. Beide Aspekte erhöhen mit Blick auf Bewirtschaftung und Pflege von Spielgeräten, Mobiliar und Gestaltungselementen auch die Wahrscheinlichkeit einer nachhaltigen Nutzung.

Bereits in der Vorbereitungsphase einzelner Projekte soll ein moderierter Austausch aller Beteiligten (Fachämter, Schulgemeinschaft, Planerinnen und Planer) genutzt werden, um insbesondere pädagogische, bauliche und wirtschaftliche Anforderungen zusammenzutragen und ein Nutzungsszenario der Schulhoffläche zu skizzieren. Da Schulen – abhängig von ihrem pädagogischen Konzept, der Altersgruppe der Schülerschaft und anderen Gegebenheiten – individuelle Bedürfnisse und Schulhofflächen unterschiedliche Beschaffenheiten haben, ist eine flexible Planung des Beteiligungsprozesses, der die pädagogische Diversität berücksichtigt, sinnvoll. Außerdem soll so früh wie möglich Transparenz über den Prozess und die Rahmenbedingungen des Projekts hergestellt werden. Eine verbindliche Informationsweitergabe über den Planungsprozess, unverhandelbare Anforderungen seitens des Schulträgers, den Zeit- und Budgetrahmen sowie die Verantwortlichkeiten ist entscheidend, um Missverständnisse und Unsicherheiten zu verhindern.

Ein solcher Austausch erfordert zeitliche und personelle Ressourcen auf allen Seiten und sollte immer mit den (bau)fachlichen Expertinnen und Experten durchgeführt werden, um Wünsche und Erwartungen mit den Projektrahmenbedingungen abzugleichen. In dieser Phase besteht durchaus Raum für Visionen und kreative

Ideen. Dem Bauprojekt sind allerdings oftmals formale, finanzielle oder personelle Grenzen gesetzt, die den Rahmen setzen. Im Sinne einer fairen und transparenten Beteiligung ist es deshalb wichtig, dass auch diese eingrenzenden Faktoren deutlich und frühzeitig benannt werden.

Es ist davon auszugehen, dass Anforderungen seitens der jeweiligen Fachlichkeit aufgrund gelebter Routinen und mit Verweis auf Vorgaben und Normen als gesetzt und indiskutabel formuliert werden. Externen Akteursgruppen, wie der Schulgemeinschaft, fehlt zumeist ein entsprechendes Vorwissen, sodass insbesondere bei konfligierenden Anforderungen dort der Eindruck entsteht, die eigene Sichtweise habe kaum Relevanz. Dies würde das Verständnis der Beteiligungsorientierung infrage stellen, weshalb das Schaffen von Verständnis und Nachvollziehbarkeit für die Sichtweisen aller Beteiligten wichtig ist. Jede und jeder soll nachvollziehen können, warum Anforderungen für beispielsweise eine bestimmte Akteursgruppe von Bedeutung sind und welche Rahmenbedingungen diesen zu Grunde liegen (z. B. gesetzliche Vorgaben oder kommunale Vorschriften). Der Anforderungskatalog ([Kapitel 2](#)) bietet hierfür die Grundlage und Orientierung.

Hier besteht die Chance, in diesem Spannungsfeld dennoch gute Lösungen und Kompromisse zu entwickeln. So kann es sich anbieten, Bedarfe zunächst in Kategorien zu denken (z. B. Klettern, Balancieren), statt bereits konkrete Spielgeräte einzuplanen. Es sind aber nicht nur die Rahmenbedingungen im Blick zu behalten, auch den Beteiligungsprozess als solchen gilt es entsprechend den Möglichkeiten und Ressourcen der betroffenen Schulen und der Stadtverwaltung zu planen. Denn die schulische Beteiligung soll über den gesamten Projektverlauf weitergeführt werden. Die Prozessdarstellung ([Kapitel 3](#)) gibt wichtige Hinweise auf die für die Beteiligung relevanten Meilensteine. Da jedoch jedes Projekt individuell geplant werden muss, ist es wichtig bereits zu Projektbeginn Klarheit herzustellen, wer welche Aufgaben und Zuständigkeiten besitzt und wer zu welchen Zeitpunkten im Prozess zu welchem Grad eingebunden werden soll. Auch soll Transparenz über die verwaltungsinternen Entscheidungswege hergestellt werden. Daran ist auch die zentrale Frage geknüpft, welche Stufen der Beteiligung der Schulgemeinschaft in welcher Bauphase zukommt. Das Spektrum reicht von „informiert werden“ über „Impulse geben“ bis hin zu „aktiv mitgestalten“. Eine Änderung dieser Beteiligungsstufen ist durchaus im Laufe des Projekts zu erwarten: Während in den Phasen der Entwurfs- und Vorplanung mehr Gestaltungsspielraum besteht, wird der Fokus nach Baubeschluss und Bauvergabe vor allem auf der Informationsweitergabe liegen (um beispielsweise sicherzustellen, dass die laufenden Baumaßnahmen den Schullalltag möglichst wenig beeinträchtigen).

Die damit verbundenen Aufgaben der Moderation, Prozessbegleitung, Ergebnisauswertung und Dokumentation erfordern hohe soziale und methodische Kompetenzen und sollen, wie bereits in diesem Konzept argumentiert, zwingend an eine einzelne Koordinierungsstelle gebunden werden. Sicherlich besteht auch die Möglichkeit erfahrene Dienstleistende für die Koordination dieser Beteiligungsprozesse hinzuziehen. Dafür spricht allen voran das Sicherstellen einer möglichst neutralen Moderation, was von Externen zweifelsohne leichter zu gewährleisten ist. Wird der gesamte Schulbaubereich betrachtet, lassen sich viele weitere Planungsprojekte geprägt von komplexen Interessenslagen identifizieren, denen die Verwaltung immer wieder begegnen muss. Insofern bietet die Entwicklung einer verwaltungsinternen Expertise für Beteiligungsprozesse die große Chance, die Schnittmenge zwischen äußeren und inneren

Schulangelegenheiten dauerhaft und im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer aktiv mitzugestalten. Als interne Ressource kann diese Expertise bei sich wiederholenden partizipativen Projekten zielgerichtet ausgebaut werden und das gesicherte Erfahrungs- und Methodenwissen aus abgeschlossenen Projekten unmittelbar in neue Planungsprozesse einfließen.

## 4.6 Leitlinien als Zielvorstellung

Gemeinsam mit der Programmsteuerung „Bochums schöne Schulhöfe“ wurden Leitlinien für die Neugestaltung der Bochumer Schulhöfe entworfen, die künftig auf allen Schulhöfen Bochums Anwendung finden sollen.<sup>18</sup> Diese Leitlinien beschreiben eine Zielvorstellung für die Bochumer Schulhöfe, die auf Ebene der Projektplanung Anwendung findet. Sie haben zwei zentrale Funktionen: Zum einen dienen sie als Maßstab und zeigen auf, was ausgehend vom Status Quo auf einzelnen Schulhöfen noch umgesetzt werden muss. Zum anderen dienen die Leitlinien im Beteiligungsprozess als Aushandlungsrahmen für die Schulgemeinschaft.

Die Leitlinien fungieren als Schablone, die im Rahmen der Planung über jede Schulhoffläche gelegt werden kann. Sie beschreiben, anlehnend an die Programmanforderungen, ein gemeinsames Zielbild für die zukünftige Gestaltung von Schulhöfen. Damit haben sie auch handlungsleitenden Charakter für die Flächenkonzeption und Schulhofausstattung. Als Aushandlungsrahmen finden die Leitlinien Anwendung im Beteiligungsprozess. Sie bilden einen Rahmen, in welchem alle beteiligten Akteure – insbesondere die Schulen – gemeinsam Lösungen für eine spätere Umsetzung diskutieren. Dem Beteiligungsgedanken entsprechend (Kapitel 4.5) bieten die Leitlinien genügend Spielraum, um den Bedürfnissen der Schulgemeinschaft und den Anforderungen der Verwaltung Rechnung zu tragen. So sind z.B. „*Bewegungsräume*“ Element der Leitlinien, ohne Aussagen zu konkreten Gestaltungselementen zu treffen. Die Auswahl für die Ausstattung findet dann gemeinsam zwischen Schule und Verwaltung statt.

Die einzelnen Leitlinien stehen zwar für sich, sind mit Blick auf die Schulhofgestaltung jedoch nicht separiert zu betrachten. Vielmehr bietet sich im Sinne eines intelligenten Flächenmanagements eine Kombination verschiedener Aspekte an. So können beispielsweise „Erholungsräume und Kommunikationsräume“ eine gute Möglichkeit darstellen, um dort „Entsiegelung und Begrünung“ zu realisieren. Um die Qualität der Schulhofausstattung im gesamten Stadtgebiet sicherzustellen und ein effizientes Vorgehen mit Blick auf Beschaffung und Wartung zu unterstützen, kann die Verwaltung die Leitlinien als Grundlage für Etablierung von Standards nutzen. So lassen sich beispielsweise im Bereich der Spielgeräte oder der Fahrradabstellanlagen Qualitätsstandards definieren, die bei künftigen Beschaffungen eingehalten werden müssen. Diese Standards sollen im Rahmen der Projektplanung für alle beteiligten Akteure transparent sein.

Die Entwicklung der Leitlinien geht zwar auf den Anforderungskatalog dieses Konzepts zurück, richtet den Fokus aber konsequent auf die Gestaltung von Schulhofflächen. Dadurch sind neben zahlreichen Aspekten, die für die pädagogische Arbeit relevant sind, auch Bedarfe der Verwaltung eingeflossen, die eine nachhaltige

---

<sup>18</sup> Die ausformulierten Leitlinien sind im Anhang unter A3 zu finden.

Schulhofentwicklung sicherstellen sollen (exemplarisch sei hier die „Wartbarkeit“ von Spielgeräten genannt). Bei der Erarbeitung konnte nicht auf Ergebnisse einer systematischen Bestandsaufnahme für alle Bochumer Schulhöfe zurückgegriffen werden. Dieser Abgleich bietet sich jedoch an, um die Differenz zwischen dem aktuellen IST-Stand und dem angestrebten Zielbild zu eruieren. Auch aus diesem Grund gilt es die formulierten Leitlinien auf ihre Praxistauglichkeit bei Beteiligungsverfahren und Projekten zu prüfen, zu evaluieren und in der Folge gegebenenfalls anzupassen.

## 4.7 Modellprojekte als Lernfeld

Die in diesem Kapitel formulierten Handlungsempfehlungen gehen zu einem großen Teil auf die zahlreichen Abstimmungsprozesse mit Fachexpertinnen und Fachexperten aus Verwaltung und Schule im Zuge der Konzeptentwicklung zurück. Aus Sicht der Programmsteuerung bieten diese Prozesse, Strukturen und Instrumente eine Hilfestellung, den Herausforderungen im Kontext der Schulhofneugestaltung zu begegnen. Gleichwohl müssen viele dieser Elemente zunächst in die Praxis und den Verwaltungsalldag überführt und auf ihre „Praxistauglichkeit“ hin geprüft werden. Die Realisierung hat für die Verwaltung Modellcharakter und kann selbst als verwaltungsinternes Entwicklungsprojekt verstanden werden. Es liegt in der Logik solcher Projekte, dass alle neuen Arbeitsformen immer wieder kritisch hinterfragt und in der Folge angepasst werden müssen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich, ein erstes Modellprojekt auszuwählen, um erste praktische Erfahrungen zu sammeln und gemeinsam auf der Ebene der Programmsteuerung zu reflektieren. Zwar wurden für die umfassenden Projektvorhaben zum Zeitpunkt der Konzepterstellung noch keine Haushaltsmittel veranschlagt, jedoch konnte in der Abstimmung mit der Programmsteuerung im Rahmen der Grundleitungssanierung ein Modellprojekt benannt werden, welches sich aufgrund der Rahmenbedingungen für eine Schulhofneugestaltung anbietet. Dabei handelt es sich um den Teilstandort der Emil-von-Behring-Schule (Hordeler Heide 16gE). Dieses Modell soll als Praxistest dienen und kann wichtige Hinweise für kommende Projekte liefern.

Gleichzeitig kann die Initiative für diese Schulhofgestaltung als deutliches Zeichen gewertet werden, dass sich die Verwaltung dem Thema annimmt. Es soll auch weiterhin geprüft werden, ob trotz fehlender finanzieller Haushaltsmittel Chancen im Zusammenhang mit Grundleitungssanierungen und Fördermitteln genutzt werden können, um zeitnah weitere Projekte zu realisieren.

Um die Erfahrungen aus der Umsetzung evaluieren zu können, soll der Prozess intensiv begleitet und die Nutzung von Instrumenten immer wieder eingefordert werden. Aus Sicht der Projektkoordination bietet sich hierfür eine Koordinierungsstelle an.



## 5. Fazit und Ausblick

### 5.1 Rückbezug zu den Zielen des Konzepts

Bereits im ersten Kapitel wird deutlich, dass Schulhöfe eine prägende Rolle für den Schulalltag haben. Vor und nach dem Unterricht können Schülerinnen und Schüler die Pausen und Freizeiten an diesem Ort nach weitestgehend eigenen Vorstellungen gestalten. All das, was in didaktisch geplanten Lerneinheiten keinen Platz findet, kommt dort zum Ausdruck. Der Schulhof wird zum Ort der Begegnung, der Kommunikation und des sozialen Austauschs sowie zum Raum für Bewegung, Spiel und Spaß.

Aber Schulhöfe erfüllen nicht nur eine pädagogische Funktion für den Lernort Schule. Auch für das städtische Quartier, für Erziehungsberechtigte oder Kinder und Jugendliche außerhalb der Schulzeit kann ein Schulhof als informeller Lern- und Begegnungsraum verstanden und genutzt werden.

Aus der Sicht der Stadtverwaltung verbinden sich weitere Themen mit Schulhofflächen. Es sind gestaltbare Flächen mit zentralen Infrastrukturelementen: Sie bergen Leitungssysteme zur Versorgung der Schule, sie müssen Sicherheitsaspekten genügen und bieten potenzielle Aufstellflächen für Container, sie ermöglichen als – größtenteils betonierte – Flächen aber auch enormes Potenzial für Entsiegelung und Begrünung.

Die unterschiedlichen Perspektiven auf Schulhöfe unterstreichen die Bedeutung des beteiligungsorientierten Ansatzes, der diesem Konzept zugrunde liegt. Die Neugestaltung von Schulhöfen konzeptionell zu denken, ist nur möglich, wenn alle Perspektiven aufgenommen und berücksichtigt werden. Folglich sind in der Konzeptentwicklung Ergebnisse entstanden, die für alle Akteure

- transparente Strukturen und definierte Verantwortlichkeiten aufzeigen,
- transparente Kriterien für die Umsetzung von Projekten benennen und
- ein transparentes Vorgehen für das praktische Handeln beschreiben.

Diese Transparenz ist die Basis für ein zielführendes Projektmanagement, verbindliche Kommunikation und erfolgreiche Beteiligungsprozesse. Die erfahrbaren Auswirkungen auf die Nutzerinnen und Nutzer in den Schulen wird sich erst einstellen, wenn die Verwaltung eine Programmstruktur etabliert sowie die Handlungsempfehlungen dieses Konzept adaptiert und in die Linienorganisation überführt. Sicherlich sind die daraus folgenden Entwicklungsschritte nicht ad hoc zu realisieren. Es braucht Zeit, um die Individuen innerhalb und außerhalb der Verwaltung mitzunehmen. Erste modellhafte Projektvorhaben können hierfür wichtige Signale an alle handelnden Akteure senden und die Motivation für eine Zusammenarbeit in gemeinsamer Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen der Stadt Bochum stärken.



## 5.2 Ausblick: integriertes Handlungskonzept

Die Bochumer Schulhöfe sind zur Unterrichtszeit fester Bestandteil des Schulalltags. Wird der Fokus geweitet, sind Schulhofflächen aber auch immer Teil des jeweiligen Quartiers und werden insbesondere von Erziehungsberechtigten, Kindern und Jugendlichen angesteuert. Ausgehend vom politischen Beschluss ([Kapitel 1.2](#)) wurden die Schnittmengen zur Spielleitplanung während der Konzepterarbeitung immer wieder beleuchtet. Die Stadt Bochum beabsichtigt die Schulhöfe als öffentliche Spielflächen den Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der Unterrichtszeiten zugänglich zu machen. Dahinter steht der Anspruch, die Schulhöfe im Sinne der Spielleitplanung zu denken und stärkere Synergien zwischen beiden Verfahren zu erreichen.

Es ist sinnvoll, bereits in der Planungsphase von neuen Schulhofprojekten die Abstimmung mit dem Jugendamt zu gestalten, um bezogen auf den entsprechenden Sozialraum mögliche Synergien zu identifizieren. Schließlich kann es sein, dass bestimmte Spiel- und Bewegungsangebote in einem Sozialraum aus Sicht der Spielleitplanung unterrepräsentiert sind und Schulhöfe in der Gestaltungsphase die Möglichkeit eröffnen, entsprechende Angebote zu schaffen und bereitzustellen. Diesem Gedanken wurde in der Prozessdarstellung durch Abstimmungsschleifen und die Teilnahme am Arbeitskreis Spiel entsprechend Rechnung getragen.

Es sollte dabei jedoch stets berücksichtigt werden, dass die Neugestaltung von Schulhöfen eng an die Bedürfnisse der entsprechenden Schule gebunden ist und diese primär berücksichtigen muss. Die Potenziale für die Spielleitplanung sollten bei der Planung von Schulhöfen frühzeitig identifiziert und mit allen Betroffenen – insbesondere der Schulgemeinschaft – diskutiert werden. Durch diesen Ansatz lassen sich Wege finden, wie sich das Programm „Bochums schöne Schulhöfe“ und die Spielleitplanung künftig ergänzen können.

Die kommenden Schulhofprojekte sollten dementsprechend genutzt werden, um in Absprache mit dem Jugendamt potenzielle Synergien zu identifizieren und daraus folgende Maßnahmen gemeinsam umzusetzen. Mit Blick auf die Fortschreibung der Spielleitplanung im Jahr 2028 sollen diese Kooperationen weiter ausgebaut und evaluiert werden, um zu diesem Zeitpunkt auch konzeptionelle Grundlagen für eine enge Verzahnung oder gar Zusammenführung beider Konzepte festzuschreiben.

# Anhangsverzeichnis

<b>A 1.</b>	<b>Rollencanvas .....</b>	<b>51</b>
a.	Programmsteuerung .....	51
b.	Projekteigner:in .....	51
c.	Projektplanung und Umsetzung .....	52
d.	Fachliche Beratung (Pädagogik) .....	52
e.	Pflege und Unterhaltung .....	52
f.	Fachliche Beratung (Mobilität / Wassermanagement) .....	53
g.	Fachliche Beratung (Spieleitplanung) .....	53
h.	Fachliche Beratung (Stadtteilentwicklung) .....	54
 <b>A 2.</b>	 <b>Leitlinien .....</b>	 <b>55</b>
a.	Klimaresilienz .....	55
b.	Wirtschaftlichkeit .....	55
c.	Erreichbarkeit .....	56
d.	Spieleitplanung und Pädagogik .....	56
e.	Sicherheit .....	57

## A 1. Rollencanvas

### a. Programmsteuerung

Programmsteuerung	
Aufbauorganisation	ZD, Schulverwaltungsamt, Umwelt- und Grünflächenamt
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Legt das Programmbudget fest</li> <li>• Konsolidiert den Anforderungskatalog (bzw. beauftragt dessen Fortschreibung)</li> <li>• Beauftragt die Fortschreibung eines Konzepts zur Neugestaltung der Schulhöfe</li> <li>• Beauftragt die Bestandsbegutachtung der Bochumer Schulhöfe</li> <li>• Legt Entscheidungskriterien fest und priorisiert auf dieser Grundlage Projekte</li> <li>• Entwickelt programmrelevante Standards (Prozesse, Ausstattung, Evaluationskriterien, usw.)</li> </ul>
Schnittstellenaufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Trifft letzte Entscheidung in Konfliktfällen (führt nach Bedarf Entscheidungen auf Dezernatsebene herbei)</li> <li>• Plant die Einbindung relevanter Akteure entlang des Gesamtleistungsumfangs</li> </ul>
Kernkompetenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Budgethoheit</li> <li>• Kenntnis über die Bedarfe der Schulen</li> <li>• Kenntnis über die Anforderungslandschaft</li> <li>• Kenntnis über den Gesamtleistungsumfang</li> </ul>

### b. Projekteigner\*in

Projekteigner*in	
Aufbauorganisation	ZD
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vertritt die Stadt Bochum als Auftraggeber des Programms „Bochums schöne Schulhöfe“</li> <li>• Trifft abschließend grundsätzliche Entscheidungen zu Projekten und zu den zugehörigen Maßnahmen (in Konfliktsituationen werden diese an die Programmsteuerung eskaliert)</li> <li>• Übernimmt die Federführung bei der Vorlagenerstellung für Bedarfsbeschlüsse und Ausführungsbeschlüsse</li> <li>• Übernimmt die Verantwortung für das Projektcontrolling</li> <li>• Wirkt am Fördermittelmanagement mit (Sichtung von Fördertöpfen)</li> </ul>
Schnittstellenaufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beauftragte Auftragnehmer*in für die Planung und Umsetzung von Projekten</li> <li>• Führt Grundsatzentscheidungen der Programmsteuerung herbei (besonders in Konfliktsituationen)</li> </ul>
Kernkompetenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kenntnis über die Schulgebäude (Unterhaltung, Neubau/Umbau, Sanierung) und Zusammenarbeit mit Schulhausmeister*innen</li> <li>• Kenntnis über Projektbudgets und darin implizierten Wechselwirkungen</li> <li>• Kenntnis der Vorgehensweisen und Werkzeuge im Programm- und Projektmanagement</li> </ul>

### c. Projektplanung und Umsetzung

Projektplanung und Umsetzung	
Aufbauorganisation	Umwelt- und Grünflächenamt
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Koordiniert die Planung und Umsetzung von Projekten und/ggf. die entsprechenden Vergabeverfahren (beauftragt durch Projekteigner*in)</li> <li>• Trifft operative Entscheidungen</li> <li>• Konsolidiert den projektbezogenen Anforderungskatalog</li> <li>• Wirkt am Fördermittelmanagement mit (Sichtung von Fördertöpfen)</li> </ul>
Schnittstellenaufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fordert Informationen und Entscheidungen zum Vorhaben beim Projekteigner*in ggf. bei der Programmsteuerung an</li> <li>• Berät Programmsteuerung und Projekteigner*in zu gesamten Leistungsumfang</li> <li>• Nimmt an Beteiligungsprozessen der Schulen teil</li> <li>• Verantwortet die fachliche Begleitung der ausführenden Baufirmen</li> </ul>
Kernkompetenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kenntnis über die Schulhofflächen, bzw. über städtische Flächen mit hohem Entsiegelungspotenzial</li> <li>• Vermittlungskompetenz innerhalb baurelevanter Handlungsfelder</li> <li>• Kenntnis über den gesamten Leistungsumfang (Statik, Baumgutachten, usw.)</li> </ul>

### d. Fachliche Beratung (Pädagogik)

Fachliche Beratung (Pädagogik)	
Aufbauorganisation	Schulverwaltungsamt
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nimmt Bedarfsmeldung der Schulen entgegen</li> <li>• Verantwortet pädagogische Sonderbeschaffungen</li> <li>• Setzt Ausstattungsstandards fest (Schenkungen, Wartbarkeit usw.)</li> <li>• Berät Schulen in Fragen der Ausstattung &amp; Pädagogik</li> <li>• Wirkt am Fördermittelmanagement mit (Sichtung von Fördertöpfen)</li> </ul>
Schnittstellen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ZD</li> <li>• Umwelt- und Grünflächenamt</li> </ul>
Kernkompetenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kenntnis über die Schulentwicklungsplanung (Raumbedarfsplanung, Schüler*innenzahlen, Schulplanung)</li> <li>• Kenntnis über Ausstattungsfragen und entsprechende Standards</li> <li>• Zusammenarbeit mit den Bochumer Schulen</li> <li>• Kenntnis über programmrelevante Fördertöpfe</li> </ul>

## e. Pflege und Unterhaltung

Pflege und Unterhaltung	
Aufbauorganisation	Technischer Betrieb
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verantwortet die Instandhaltung der Spielgeräte</li> <li>• Verantwortet die Sanierung von Schulhöfen und sonstige Baumaßnahmen, die keinen Plananspruch mit sich bringen</li> <li>• Sorgt für die Pflege von Grünflächen</li> <li>• Schätzt und berät zu langfristigen Folgekosten von Projekten</li> <li>• Wirkt am Fördermittelmanagement mit (Sichtung von Fördertöpfen)</li> <li>• Verantwortet die Bestandsgutachtung der Bochumer Schulhöfe</li> </ul>
Schnittstellen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ZD</li> <li>• Umwelt- und Grünflächenamt</li> </ul>
Kernkompetenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kenntnis der Qualitätsstandards für Spielgeräte</li> <li>• Kenntnis über langfristige Folgekosten von Maßnahmen zur Neugestaltung von Schulhöfen</li> </ul>

## f. Fachliche Beratung (Mobilität/Wassermanagement)

Fachliche Beratung (Mobilität/Wassermanagement)	
Aufbauorganisation	Tiefbauamt
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gestaltet sichere Mobilität bzw. sichere Schulwege</li> <li>• Begleitet das Thema Regenwasserabkopplung (Umsetzungskonzept)</li> <li>• Ermittelt Flächen mit Abkopplungspotenzial</li> <li>• Wirkt am Fördermittelmanagement mit (Sichtung von Fördertöpfen)</li> </ul>
Schnittstellenaufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachberatung für Auftragnehmer*in</li> </ul>
Kernkompetenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kenntnis über Grundleitungsmaßnahmen</li> <li>• Kenntnis über Flächen mit Abkopplungspotenzial</li> <li>• Kenntnis über Wassermanagement</li> <li>• Kenntnis über Mobilitätskonzepte</li> <li>• Kenntnis über programmrelevante Fördertöpfe</li> </ul>



## g. Fachliche Beratung (Spilleitplanung)

Fachliche Beratung (Spilleitplanung)	
Aufbauorganisation	Jugendamt
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Übernimmt die Bedarfsplanung im Rahmen der Spilleitplanung</li> <li>• Sorgt für Synergieeffekte mit der Spilleitplanung</li> <li>• Bezieht die Koordinierungsstelle in den AK Spiel und weitere relevanten Gremien ein</li> <li>• Wirkt am Fördermittelmanagement mit (Sichtung von Fördertöpfen)</li> </ul>
Schnittstellenaufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beratung: Programmsteuerung und Koordinierungsstelle</li> </ul>
Kernkompetenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kenntnis über die Jugendarbeit und entsprechenden Angebote für die Zielgruppe</li> <li>• Kenntnisse über die Spilleitplanung und damit verbundenen Qualitätsstandards</li> <li>• Kenntnis über programmrelevante Fördertöpfe</li> </ul>

## h. Fachliche Beratung (Stadtteilentwicklung)

Fachliche Beratung (Stadtteilentwicklung)	
Aufbauorganisation	Amt für Stadtplanung und Wohnen
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bezieht die Koordinierungsstelle in die Flächenkonferenz und weitere relevanten Stadtplanungsgremien ein</li> <li>• Berät zu und unterstützt bei der Heranführung von Projekten an Stadtentwicklungsprogramme und sorgt dadurch für Synergieeffekte</li> <li>• Berät zu und unterstützt ggf. bei Beteiligungsprozessen mit Schulen &amp; Zivilgesellschaft</li> <li>• Wirkt am Fördermittelmanagement mit (Sichtung von Fördertöpfen)</li> </ul>
Schnittstellenaufgaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Berät Programmsteuerung und Koordinierungsstelle</li> </ul>
Kernkompetenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Integrierte Planungen in den Stadtteilen und Erschließung entsprechender Synergiepotenziale</li> <li>• Kenntnis über und Durchführung von Beteiligungsprozessen</li> <li>• Kenntnis über programmrelevante Fördertöpfe</li> </ul>

## A 2. Leitlinien

### a. Klimaresilienz

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass sie unserer Stadt dabei helfen, die Folgen des Klimawandels besser zu bewältigen. Sie tragen dazu bei, ein gesundes Stadtklima zu sichern.

#### Entsiegelung und Begrünung

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass sie den Folgen des Klimawandels entgegenwirken. Dazu werden bisherige Asphaltflächen umfangreich\* entsiegelt, begrünte Flächen angelegt, Dach und Fassadenbegrünung realisiert und der Baum- und Pflanzenbestand sukzessive erhöht, um abwechslungsreiche und naturnahe Bereiche zu schaffen. Durch eine verstärkte Verschattung für Gebäude und Flächen wird gleichzeitig die Aufenthaltsqualität auf der Schulhofffläche verbessert.

#### Artenvielfalt

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass naturnahe Flächen mit standortgerechten und klimaresilienten Pflanzenarten gestaltet werden. Dabei wird einer hohen Artenvielfalt besondere Berücksichtigung gegeben und Biodiversität gefördert werden.

#### Abwassermanagement

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass ein nachhaltiges Abwassermanagement realisiert wird. Entsiegelte Flächen wie auch moderne Systeme zur Regenwasserspeicherung und -nutzung sollen dazu beitragen. Ein modernes Regenwasserabkopplungssystem soll überdachte Flächen zum Auffangen von Regenwasser, Regenrückhaltesysteme im Erdreich und die Gestaltung von Wasserflächen (z. B. Teiche) berücksichtigen. Perspektivisch wird auch die Aufbereitung von Grauwasser geprüft.

### b. Wirtschaftlichkeit

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass sie (Folge-) Kosten möglichst gering halten und auf künftige Veränderungen der Nutzungsbedarfe schnell und flexibel reagieren können.

#### Vorausschauende Flächennutzung

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass sie die Dynamik in der Schulentwicklung (z. B. kurzfristige Schaffung zusätzlichen Unterrichtsraums durch Container) sowie die vielfältige Nutzung definierter Freiflächen (z. B. für Zirkuszelte oder Theater) ebenso berücksichtigen, wie die künftige Bereitstellung der Fläche für anderweitige außerschulische Nutzung. Dabei spielt die Schaffung neuer Flächen für die Schullnutzung beispielsweise durch Rückbau der Parkplatzflächen eine relevante Rolle.

#### Wartbarkeit

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass Zufahrtswege und Aufstellflächen eine möglichst effiziente Wartbarkeit des Schulhofs erlauben. Bereits bei der Auswahl von Spiel- und Bewegungsangeboten werden die Wartungsaufwände durch entsprechende Standards berücksichtigt.

### **Unterhaltungspflege**

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass sie den Aufwand für Pflegearbeiten möglichst gering halten. Dies wird bei der Konzeption der Freiflächen (z. B. größere zusammenhängende Grünflächen mit wenig Mäh- und Pflegeaufwand) und bei der Auswahl der Bepflanzung berücksichtigt.

Das steigende Schmutzaufkommen als Folge von entsiegelten Flächen hat Auswirkungen auf die Verschmutzung der Schulgebäude und wird mit entsprechenden Maßnahmen begegnet.

## **c. Erreichbarkeit**

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass sie die Erreichbarkeit, den Zugang sowie die selbstbestimmte Nutzung für alle möglichst barrierefrei ermöglichen.

### **Barrierefreiheit**

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass der Zugang zum Schulhof, aber auch die Erreichbarkeit aller Bereiche auf der Schulhoffläche barrierefrei möglich ist und die Schülerschaft an allen Angeboten teilhaben kann. In diesem Rahmen werden auch Spiel- und Sportangebote geschaffen, die von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung genutzt werden können.

### **Mobilität**

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass sie die Nutzung von nachhaltigen Beförderungsmitteln unterstützen. Dies betrifft u. a. die Schaffung sicherer Halte- und Wartebereich für den ÖPNV aber auch genügend sichere Abstellmöglichkeiten für Zweiräder. Ebenso werden sichere Zuwege vom Schulweg zum Schulgelände für Fußgänger berücksichtigt. In der Folge wird der direkte Zufahrtsweg für PKWs mit Blick auf die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler immer weiter beschränkt.

## **d. Spielleitplanung und Pädagogik**

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass sie die (alters- und schulform-) spezifischen Belange der Schulgemeinschaft berücksichtigen und Räume für (naturnahes) Lernen, für Spiel- und Bewegung sowie für Erholung optimal in Einklang bringen.

### **Öffentliche Nutzung der Schulhoffläche außerhalb der Schulzeiten**

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass sie zur Nutzung durch das Schulumfeld einladen. Die Öffnung der Fläche ist grundsätzlich für alle Schulhöfe nach Schulschluss beschlossen. Für bestimmte Schulhöfe sind beispielsweise aufgrund der Gefährdung durch Vandalismus oder der Sicherstellung der Verkehrssicherheit für die entsprechende Schülerschaft individuelle Lösungen zu treffen. Generell hat die Nutzung der Fläche für den Schulbetrieb Vorrang vor der öffentlichen Nutzung.

### **Größe der Schulhoffläche**

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass jeder Schülerin und jedem Schüler mindestens eine Pausenhoffläche von 5qm zur Verfügung steht.



### **Überdachte Flächen**

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass eine hohe Aufenthaltsqualität für die Schulgemeinschaft erreicht wird. Durch überdachte Flächen ist der Aufenthalt auf dem Schulhof, auch in den Pausenzeiten, weitestgehend unabhängig vom Wetter möglich.

### **Nutzungsspezifische Räume**

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass die alters- und schulformspezifischen Bedürfnisse der Schulgemeinschaft berücksichtigen. Die individuelle und abwechslungsreiche Gestaltung der gesamten Schulhoffläche berücksichtigt dabei sowohl das bestehende Gelände als auch das Umfeld der Schule. Ein wichtiges Instrument hierfür ist die beteiligungsorientierte Kommunikation mit den Schulen.

### **Naturnahe Räume**

Bochumer Schulhöfe berücksichtigen bei der Planung im Kontext des pädagogischen Konzepts der Schule die Gestaltung von naturnahen Räumen. Dabei spielen zum einen naturnahe Forschungs-, Lern und Erlebnisangebote, beispielsweise in Form von Schulgärten oder "Grünen Klassenzimmer", eine wichtige Rolle. Zum anderen wird die Gestaltung von naturnahen Flächen auch im Rahmen der pädagogisch relevanten Funktionsräume (u. a. Bewegungsräume, Erholungs- und Kommunikationsräume) berücksichtigt.

### **Bewegungsräume**

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass sie stets Räume für Bewegung und Spiel vorsehen. Die abwechslungsreichen Spiel- und Bewegungsangebote sind auf die entsprechende Alters- bzw. Zielgruppe abgestimmt und befördern die Bewegung und das gemeinsame Spielen von Kindern und Jugendlichen - vor und nach Schulschluss. Die Auswahl von Geräten wird durch ein breitgefächertes aber standardisiertes Portfolio seitens der Verwaltung unterstützt.

### **Erholungsräume und Kommunikationsräume**

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass sie stets Räume für Erholung, Begegnung und Kommunikation vorsehen. Diese Räume sind bewusst von Spiel- und Bewegungsräumen abgetrennt und bieten Kindern und Jugendlichen beispielsweise durch Sitzgelegenheiten oder Grünflächen Ruhebereiche und Rückzugsorte. Gleichzeitig sollen sie Begegnung und altersübergreifende Kommunikation befördern.

## **e. Sicherheit**

Bochumer Schulhöfe sind so gestaltet, dass sie den Anforderungen der Brandschutzbestimmungen entsprechen und die Verkehrssicherheit der Schulhofflächen gewährleisten

# Anlagen

Zu Zwecken der besseren Lesbarkeit sind einzelne Dokumente als Anhang beigefügt. Dabei handelt es sich um folgende Dokumente:

Bezeichnung der Anlage	Kapitelbezug	Dateiname
Anforderungskatalog	2. Anforderungen an die Neugestaltung	„2023.12.08 - Anforderungskatalog – Bochums schöne Schulhöfe“
Prozessmodell	3.2 Prozess in der Neugestaltung	„2024.01.24 - Prozessmodell – Bochums schöne Schulhöfe“